Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 Zł., monatl. 5,39 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.**

Nr. 257. Bromberg, Sonnabend den 7. November 1931. 55. Jahrg.

Kriegsgespenst am Pazifik.

Japan war durch die Hinzuziehung Amerikas zu den Genfer Mandschureiberatungen auf das höchste verstimmt und aufgeregt. Aber auch in Amerika war man darüber alles andere als froh. Man befürchtet, daß die Mitarbeit der Vereinigten Staaten in Genf als ein inoffizieller Beitritt zum Völkerbund ausgelegt werden könnte. Indessen will die amerikanische Öffentlichkeit nach wie vor nichts mit der Genfer Institution zu tun haben. Und doch: es wäre falsch anzunehmen, daß die Einladung Amerikas etwa gegen seinen Willen erfolgte. Vielmehr zieht die amerikanische Diplomatie trotz aller Bedenken es vor, sich in ihrem Kampf gegen Japan des Völkerbundes zu bedienen. Und da der Völkerbund nicht gewillt war, auf die Dauer die Verantwortung für alles, was in Sachen des Fernen Ostens beschlossen und durchgeführt werden soll, allein zu tragen, so mußte Amerika sich im Völkerbundrat offiziell vertreten lassen.

Amerikas Kampf gegen Japan? Ja, um dies und nichts anderes handelt es sich bei der augenblicklich geschaffenen Lage an der westlichen Küste des Pazifik. Von allen Großmächten können die Vereinigten Staaten am wenigsten ruhig zusehen, wie Japan planmäßig und rücksichtslos die Einverleibung der Mandschurei betreibt. Denn von allen Großmächten hat Amerika, von Japan natürlich abgesehen, seine Stellung im Fernen Osten, vor allem in Nordchina, in den letzten Jahren am meisten ausgebaut. Washington kann die Umwandlung der Mandschurei in eine japanische Kolonie nach der Art Koreas nicht dulden.

Aber ebensowenig kann Japan in der Mandschureifrage zurück, ohne sein Prestige zu gefährden und starke Unzufriedenheit im Innern auszulösen. Das Land der aufgehenden Sonne ist fest entschlossen, die Mandschurei nicht mehr aus seinen Händen loszulassen, was der Völkerbund auch beschließen mag. Es hat vor Genf keine Angst. Ja mehr noch: Tokio war von Anbeginn einer „Duldung" seitens einer Reihe von Ländern, darunter Englands, wohl ganz gewiß. Die Haltung der britischen, wie übrigens auch der französischen Presse, den Ereignissen in der Mandschurei gegenüber läßt deutlich, allzu deutlich erkennen, daß es sich hier um ein abgekartetes Spiel handelt. Wenn es also nur irgendwie ginge, würden die einflußreichsten Völkerbundmächte von sich aus den Raub der Mandschurei durch Japan schon irgendwie ertragen. Dazu wäre es nur nötig, eine jener berüchtigten Kompromißformeln auszuarbeiten, die schon manches Unrecht haben bestehen lassen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß gerade Japan auf eine zuvorkommende Behandlung durch den Völkerbund gerechnet hat.

Nun bedeutet die Beteiligung Amerikas an den Völkerbundsberatungen eine Komplizierung der gesamten Situation. Offenbar hat man in Tokio die Inanspruchnahme der Amerikanischen Regierung durch die höchst unerfreulichen Auswirkungen der Finanzkrise überschätzt. Washington will mehr außenpolitisch passiv bleiben und ist aus seiner bisherigen Zurückhaltung herausgetreten. Das kann unabsehbare Folgen haben.

Schon vor einigen Tagen konnte der Washingtoner Korrespondent der einflußreichen „New York Herald Tribune" melden: „Der japanisch-chinesische Krieg würde eine Gefahr für alle Großmächte, besonders aber für die Vereinigten Staaten bedeuten, die um den chinesischen Markt besorgt sind. Im Zusammenhang mit den wichtigen finanziellen und diplomatischen Interessen, welche die Vereinigten Staaten in China zu verteidigen haben, würde der japanisch-chinesische Krieg für sie ein noch delikateres internationales Problem bilden als der Weltkrieg. Eine Hineinbeziehung der U. S. A. in den Konflikt wäre in dieser oder jener Form (!) wohl nicht vermeidbar."

Das ist den Umständen nach eine überaus deutliche Sprache. Sie beweist, daß die Mandschurei das Zeug in sich hat, einen neuen Weltkrieg entstehen zu lassen. Der japanisch-chinesische Krieg wäre dazu ein Vorspiel.

Allerdings: so fest Japan auch entschlossen ist, die Mandschurei aus seinen Händen nicht mehr loszulassen, so wenig glaubt es, dazu einen offenen Krieg führen zu müssen. Es hofft, das begehrte Land mit seinen Bajonetten „friedlich" durchdringen zu können. Seine nächsten Ziele, wie sie den jetzigen Mukdener Behörden vorgetragen wurden, lauten wie folgt:

1. In der Mandschurei und Mongolei werden „unabhängige" (also den Japanern genehme und von ihnen bezahlte) Regierungen gebildet.
2. Sämtliche chinesischen Bahnen in der Mandschurei werden der Südmandschurischen Eisenbahnverwaltung unterstellt, die sich bekanntlich in den Händen der Japaner befindet.
3. Die Städte Jngkau, Agtung, Notschuan, Haitschen, Mukden (die mandschurische Hauptstadt!) und Tschantschung werden an Japan abgetreten.
4. Koreaner erhalten als japanische Staatsangehörige, die sie sind, das freie Ansiedlungsrecht in den Provinzen Girin und Mukden. Die chinesischen Truppen müssen zurückgezogen werden. Nur Polizeistreifen dürfen in der Mandschurei bleiben.

Indessen treffen in Nordchina immer neue japanische Truppen ein, darunter auch, wie das Tokioter Blatt „Assahin" unumwunden zugibt, die japanische Gendarmerie. Die von den Japanern bestochenen, dem japanischen Generalstab ergebenen chinesischen Provinzresidenten hausen in der Mandschurei wie sie wollen, genauer: wie Tokio es will. Jeder Widerstand der freiheitlich gesinnten Behörden wird von den japanischen Truppen als Anlaß zum Eingreifen und zur Herstellung von „Ruhe und Ordnung", wie die Japaner dies verstehen, genommen. So marschiert der Chef der „unabhängigen" Taonang-Regierung, Tschanhaitschen, auf die Hauptstadt der mandschurischen Provinz Tsitsikar. Jhm tritt aus Heilungkiang der vaterlandstreue Yutschaolin entgegen. Ein blutiger Zusammenstoß ist unvermeidlich. Seine Folge wird restlose Ergreifung der Macht in der gesamten Mandschurei durch die Japaner sein. Man ist geneigt, hier von einer Provokation zu reden. Denn zweifellos wird der japanische Generalstab bald von dem „unruhigen" Heilunkiang sprechen. Und die japanischen Diplomaten werden in Genf und Washington die Notwendigkeit verkünden, in diesem unruhigen Teil der Mandchurei Leben und Eigentum der Japaer schützn zu müssen. . . .

So wird Geschichte gemacht. Geschichte — und Krieg, zuerst ein verkappter, dann aber vielleicht ein offener. Ein offener zischen zwei Mächten — und dann vielleicht auch zwischen mehreren.

Vom mandschurischen Kriegsschauplatz.

Wien, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das „Neue Wiener Tagblatt" meldet aus Tokio: Das hier veröffentlichte Communiqué bezeichnet die Schlacht an der Brücke des Nonni-Flusses als die größte seit Ausbruch des chinesisch-japanischen Konflikts. Japanische Militärkreise sind der Ansicht, daß der chinesische General Ma von Sowjetrußland Hilfe erhalten hat, da er es sonst nicht gewagt hätte, das japanische Militär anzugreifen.

*

London, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) Meldungen aus Tokio zufolge sollne die Japaner bei den Kämpfen am Nonni-Fluß nach dem Eintreffen von japanischen Verstärkungen die Chinesen auf Tsitsikar zurückgetrieben haben.

Zaleski über den Konflikt mit Lettland.

Warschau, 5. November. (PAT.) In der heutigen Sitzung der Außenkommission des Sejm wurde zunächst in Gegenwart des Ministers Zaleski der Antrag der vier Klubs wegen der **Unterdrückung der polnischen Minderheit in Lettland** erörtert. Nach den Reden des Referenten Bielecki vom Nationalen Klub und des Abg. Stroński von demselben Klub sprach

Außenminister Zaleski.

Der Minister betonte, daß er jedesmal, wenn er im Sejm über die Außenpolitik gesprochen habe, in der Lage gewesen sei, von dem freundschaftlichen Verhältnis zu Lettland zu sprechen. Deshalb müsse er jetzt mit Bedauern in dieser peinlichen Sache das Wort ergreifen, die die polnische Bevölkerung angeht, die in jenen Gebieten wohnt, um die vor nicht langer Zeit die polnische Armee zugunsten Lettlands gekämpft hat. Der Minister stellt fest, es sei der unverbrüchliche Grundsatz der Polnischen Regierung, sich nicht in die Minderheiten-Probleme anderer Staaten einzumischen, Probleme, die eine innere Angelegenheit dieser Staaten seien und zu deren Regelung kein anderer Staat das Recht der Einmischung habe. In dem Fall Lettland will die Polnische Regierung diesen Grundsatz gleichfalls rücksichtslos durchführen. Die Maßnahmen der Lettischen Regierung gegenüber der polnischen Minderheit müssen indessen mit Recht die öffentliche Meinung in Polen erregen. Unter den Tatsachen, die letzthin aus Lettland berichtet worden sind, ist ein Moment enthalten, worauf die Polnische Regierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, zu reagieren. Es ist dies der Vorwurf, den man der polnischen Bevölkerung und ihren Organisationen gemacht hat, daß sie eine Änderung des territorialen Besitzstandes Lettlands zugunsten Polens erstreben.

Im weiteren Verlauf der Rede stellt der Außenminister fest, daß die Polnische Regierung einen freundschaftlichen Meinungsaustausch mit der Lettischen Regierung begonnen habe, indem sie gewisse Anregungen gab, auf welche Weise die Lettische Regierung zur Beseitigung des peinlichen Eindrucks beitragen könnte, den ihre Aktion in Polen hervorgerufen habe. Dabei haben wir solche Mittel beiseite gelassen, die alle Probleme vor die Öffentlichkeit bringen. Erst das offizielle Communiqué der Lettischen Telegraphen-Agentur vom 26. Oktober wich von diesem Wege ab und schuf entgegen den polnischen Intentionen die Gefahr, daß diese Frage einen internationalen Charakter erhalten könnte. Der Minister ist der Ansicht, daß angesichts des bisherigen guten polnisch-lettischen Verhältnisses die Lettische Regierung Mittel und Wege finden werde, die Schärfen zu mildern, die in dieser Lage entstanden sind, und daß sie es nicht dazu kommen läßt, daß das Zusammenleben der beiden Staaten sich verschlechtert, was den Interessen nicht nur Polens, sondern namentlich Lettlands schädlich sein würde.

Nach der Rede des Ministers nahm die Kommission folgende Entschließung an:

„Der Sejm fordert die Regierung auf, von dem ihr auf Grund internationaler Verträge zustehenden Rechte Gebrauch zu machen und mit vollster Entschiedenheit gegen die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung in Lettland aufzutreten, die sich letzthin u. a. in solchen Verfügungen gezeigt hat wie der Auflösung eines polnischen Vereins (vgl. die Auflösung des Deutschtumsbundes in Polen. D. R.), der Unterdrückung einer polnischen Zeitung (gibt es das in Polen nicht? D. R.), der Schließung des Vereins junger katholischer Polen und von sechs Schulen, die von der dortigen polnischen Minderheit unterhalten werden (und wieviel deutsche Schulen in Polen wurden geschlossen? Die Zahl geht in die Hunderte! D. R.)

Darauf wurde in die weitere

Diskussion über das Exposé des Außenministers

eingetreten. Als erster nahm das Wort der Abg. **Hołyński,** der in längerer Rede darauf hinwies, daß die internationale Solidarität auf dem wirtschaftlichen Gebiet von ihrer Verwirklichung noch weit entfernt sei. Der Redner betonte den großen Liberalismus Polens, wobei er auf die Ratifikation des Handelsvertrages mit Deutschland hinwies. (Mit dieser Ratifikation hat man ein Jahr gewartet, bis der Vertrag irreal wurde. D. R.) Man müsse indessen die Hand, die man Deutschland gereicht habe, zurückziehen, mit dem wirtschaftlichen Liberalismus ein Ende machen und eine solche Politik beginnen, wie sie die Welt treibt. Der Abg. **Szydelski** (Chr. Dem.) besprach die Frage der Union-Bewegung und der Ostpolitik des Vatikans. Er forderte zur Einigung der politischen Parteien in Polen und zur Schaffung einer Einheitsfront auf. Nach der Rede des ukrainischen Abgeordneten **Oleśnicki** betonte der Abg. **Makowski** (NPR) das Stärkerwerden der deutschen Propaganda, deren Echo das Auftreten des Senators Borah ist — zehn Jahre nach der Tätigkeit Wilsons. (Wir sind der Ansicht, daß das Auftreten Borahs lediglich ein Echo der verfehlten polnischen Politik ist. Die deutsche Propaganda ist gegenüber der polnischen ein armer Waisenknabe. D. R.)

Was in Polen geschieht . . .

s. **Posen,** 5. November. (Eigene Meldung.)

Vor den Sejm- und Senatswahlen im Jahre 1928 nahm die Polizei bei dem früheren Geschäftsführer des Deutschen Sejmbureaus in Ostrowo, Emil Neumann, eine Haussuchung vor, deren Resultat die Verhaftung Neumanns und des Wanderlehrers Erwin Wolski, sowie die Beschlagnahme von rund 40 Pfund Akten waren. Die Verhafteten wurden nach Posen überführt (Neumann mußte die beschlagnahmten Akten unterwegs selbst schleppen) und saßen dort ein halbes Jahr in Untersuchungshaft. Zwei Jahre gingen ins Land, bis die Anklage fertiggestellt war.

Darin wurde Neumann vorgeworfen, sich am 22. Mai 1928 ohne Erlaubnis im Grenzgebiet in Cieszyn aufgehalten und außerdem Nachrichten betreffend die militärische Verteidigung des Landes gesammelt und weitergegeben zu haben. Auch der Wanderlehrer Wolski soll Notizen gesammelt haben, die im Interesse des Staates geheim gehalten werden sollen. Also Spionage. Wolski hatte in der Gegend von Ostrowo Notizen gesammelt über die Zahl von Schulen, hatte sich von Eltern über die Behandlung der Kinder in den Schulen berichten lassen, hatte sich auch verschiedene Ortschaften mit oder ohne Schulen notiert und das alles dem Deutschen Sejmbureau übersandt, damit man auf Grund dieser Unterlagen durch Eingaben im Sejm der Schulnot der deutschen Minderheit abhelfen solle.

Und Neumann? Er hat aus einer polnischen Lokalzeitung eine Notiz über den Bau eines neuen Bahnhofs übersetzt und im „Lissaer Tageblatt" Nr. 110 und in der „Krotoschiner Zeitung" Nr. 55 veröffentlicht. Keine der erwähnten Zeitungen ist beschlagnahmt oder verklagt worden. Das sind Nachrichten betr. die militärische Verteidigung des Landes, Nachrichten, die man in Tageszeitungen liest. Dadurch ist das Land gefährdet, das ist Spionage.

Dafür wurden Neumann und Wolski vom Ostrowoer Bezirksgericht zu je 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Sie legten Berufung ein, und es gingen wiederum 1½ Jahre ins Land, bis es am letzten Montag zur Verhandlung im Appellationsgericht zu Posen kam. Das Gericht setzte sich aus den Räten Frydlewicz (Vorsitzender), Krynicki und Ryniawiec zusammen, die Anklage vertrat Staatsanwalt Konieczny. Als Sachverständiger fungiert Stabsoffizier Konior. Verteidiger ist Rechtsanwalt Grzegorzewski-Posen. Gleich nach Beginn des Prozesses wurde die Öffentlichkeit aus-

geschlossen. Es ging sehr schnell. Der Staatsanwalt wurde vom Vorsitzenden gefragt, ob er den Antrag stelle, gleichzeitig meinte der Sachverständige, er hätte bestimmte Instruktionen und sei gleichfalls dafür und als der Verteidiger sich dem Antrag widersetzte, war er bereits beschlossen.

Nach zweistündiger Verhandlung wurde mitgeteilt, daß das Urteil am Donnerstag mittag verkündet würde.

Das Urteil der ersten Instanz gegen Wolski, das auf 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis lautete, wurde in vollem Umfang bestätigt. Gegen Neumann wurde auf eine Strafe von einem Monat Gefängnis erkannt wegen Sammelns von Nachrichten. Der Teil der Anklage betr. Spionage wurde vom Gericht als verjährt erachtet.

*

So geschehen in Polen, nicht in Lettland, Herr Zaleski. Wo bleibt die geharnischte Sejm-Resolution?

*

Zaleski reist nach Genf.

Warschau, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.) Außenminister Zaleski, der infolge seiner Krankheit an der letzten außerordentlichen Session des Völkerbundrats nicht teilgenommen hatte, begibt sich zur nächsten außerordentlichen Session, die auf den 16. d. M. einberufen ist, nach Genf. Wahrscheinlich reist Herr Zaleski am Sonnabend, dem 14., aus Warschau ab.

Englands alte Tradition.

Der Zusammentritt des neuen Parlaments

wird von dem Londoner Berichterstatter des „Hamburger Fremdenblatt" wie folgt beschrieben:

Da die formelle Eröffnung erst am kommenden Dienstag durch den König stattfindet, war bei der ersten Versammlung des neuen Parlaments auf dem Viktoriaturm noch keine Flagge aufgezogen. Ebenso wurde das Szepter als das Symbol der Souveränität des Parlaments unter dem Tisch des Hauses verborgen gehalten.

Niemals in der Geschichte des Unterhauses war das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition so ungleich verteilt wie am heutigen Tage. Für die Arbeiterpartei waren ganze drei Sitzreihen zur Linken des Hauses reserviert. Auf der Frontbank, wo das

„Schattenkabinett" der Opposition

zu sitzen pflegt, genoß als einziger Arbeiterminister, der den Sturm vom 27. Oktober überstanden hat, George Lansbury, die Einsamkeit seiner neuen Würde als Oppositionsführer. Lloyd George, der ihm mit seiner Familienpartei von vier Mitgliedern Gesellschaft leisten wird, war heute nicht zugegen. In angemessener Entfernung von Lansbury hielten sich die radikalen schottischen Sozialisten Maxton und Buchanan in der vordersten Reihe auf. Der erschütternde Torso der Opposition diente natürlich als wirksames Mittel für Witze bei den anderen Parteien. Für die 557 Abgeordneten des nationalen Blocks reichte der beschränkte Raum des Hauses in buchstäblichem Sinne des Wortes nicht aus. Ein großer Teil von ihnen war deshalb froh, auf der Oppositionsseite unterzukommen. Als erster Minister erschien Baldwin. Seine Ankunft war das Zeichen zu begeisterten Kundgebungen, die sich zu einer minutenlangen Demonstration steigerten, als Macdonald seinen Platz auf der Regierungsbank einnahm. Auch Sir John Simon wurde auf das freundlichste begrüßt. Nunmehr begann

die eigentliche Zeremonie

Ein Bote des Hauses der Lords klopfte dreimal an die Tür, die jedoch mit lautem Krach zugeschlagen wurde, ehe man ihn einließ. In dieser derben Form bekunden die „Gemeinen" von altersher ihre Selbständigkeit den Pears gegenüber. Auf Aufforderung des Boten begann dann die

feierliche Prozession zum Oberhaus,

die — ein prachtvolles Bild der nationalen Einigkeit — von Macdonald, Baldwin und George Lansbury angeführt wurde. In der ersten Kammer wurden sie von der königlichen Kommission unter Führung des Lordkanzlers Lord Sankey, empfangen, deren fünf Mitglieder ausnahmslos den Purpur ihrer Pearwürde trugen. Hier vernahmen die Gemeinen nunmehr die vom Lordkanzler verlesene Petition, in der sie aufgefordert wurden, einen Sprecher zu wählen und ihn morgen im Hause der Lords zu präsentieren, wo die königliche Zustimmung zur Wahl ausgesprochen werden muß. Anschließend wurden Gebete verlesen.

Die Sprecherwahl im Unterhaus

beschloß die Feier. Als einziger Kandidat wurde wiederum Kapitän Fitzroy in Vorschlag gebracht und zwar von dem konservativen Abgeordneten Sir George Courthope, der unter anderem ausführte:

„Dieses neue Parlament hat keinen Vorgänger in der Art und Größe seiner Majorität. In einer Zeit ernster Gefahr hat es sich mit ungeheuren Aufgaben zu befassen. An den Sprecher werden deshalb erhöhte Anforderungen gestellt. Kapitän Fitzroy hat als Sprecher die lange Reihe hervorragender Persönlichkeiten fortgesetzt, in deren Händen sich die Basis der Freiheit allmählich und in steter Entwickelung erweiterte. Es ist die Aufgabe des Sprechers, die neuen Verhältnisse der Gegenwart mit den beliebten Traditionen der Vergangenheit auszusöhnen."

Kapitän Fitzroy nahm die Wahl an und wurde dann von zwei Abgeordneten, die seine Hände ergriffen, feierlich zu seinem Thron geleitet. Dort nahm er die Glückwünsche des Premierministers und des Führers der Opposition entgegen.

Sir Austen Chamberlain

will sich zur Ruhe setzen . .

In einem Brief an Baldwin stellt der erste Lord der Admiralität, Sir Austen Chamberlain, sein Amt zugunsten jüngerer Mitglieder der konservativen Partei zur Verfügung. Baldwin beglückwünschte Chamberlain in seiner Erwiderung zu seiner Selbstlosigkeit. Hiermit dürften alle Gerüchte endgültig widerlegt sein, die wissen wollten, daß Chamberlain als Nachfolger Lord Readings für den Posten des Außensekretärs in Aussicht genommen sei.

*

Die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei hielt eine Sitzung ab, in der Henderson als Parteiführer unwandelbares Vertrauen ausgesprochen und Lansbury zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Beide Entschließungen wurden einstimmig gefaßt.

Endergebnis in England: 558 : 57

In England hat man das endgültige Ergebnis der letzten Parlamentswahlen veröffentlicht. Die vereinigten englischen Universitäten wählten einen Konservativen und eine Unabhängige. Das neue englische Parlament setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

für die Nationalregierung:	
Konservative	472
Liberale Nationalisten Sir John Simons	35
Nationale Liberale Sir Herbert Samuels	33
Nationale Arbeiterpartei Macdonalds	13
Nationale Unabhängige	3
gegen die Nationalregierung:	
Arbeiterpartei	49
Unabhängige Arbeiterpartei	3
Unabhängige Liberale Lloyd Georges	4

Außerdem sind noch drei Unabhängige im Parlament, von denen die beiden irischen Nationalisten in den meisten Fällen zur Regierung und der dritte zur Opposition gerechnet werden können. Die Regierung verfügt also über 558, die Opposition über 57 Stimmen.

Das neue englische Kabinett.

London, 5. November. (PAT) Der König bestätigte die Ernennung der Mitglieder des neuen Kabinetts mit dem Premierminister Ramsay Macdonald an der Spitze. Schatzkanzler wurde Neville Chamberlain, Minister des Innern Sir Herbert Samuel, Kriegsminister Lord Hailsam, Außenminister Sir John Simon, Minister für Indien Sir Samuel Hoare.

London, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die neue englische Nationalregierung findet in der Londoner Presse fast durchweg eine günstige Aufnahme. Einen besonders günstigen Eindruck hat die Ernennung Sir John Simons zum Außenminister des Britischen Reiches gemacht.

Römisches Dementi.

Zu den von der „United Preß" gemeldeten letzten Äußerungen Mussolinis über den Korridor bringt die deutsche Telegraphen-Union aus Rom folgendes Dementi:

„Zu den Mitteilungen der „United Preß" über Mussolinis Standpunkt in der Frage des Danziger Korridors wird von zuständiger römischer Stelle erklärt, daß die fraglichen Äußerungen von keiner amtlichen römischen Stelle abgegeben worden seien."

Die „United Preß" teilt demgegenüber mit, daß sie ihre Darstellung aufrechterhalte, wonach ihr diese Äußerungen von bestunterrichteter Seite zugegangen seien. Es versteht sich von selbst, daß das amtliche Dementi politisch von größerem Gewicht ist, als die Meldung der „United Preß".

In seiner letzten großen Rede, die Mussolini vor den Schwarzhemden in Neapel gehalten hat, hat der Duce auch nicht den Korridor ausdrücklich erwähnt, sondern nur allgemein von „einigen Klauseln einiger Friedensverträge" gesprochen, die „abgeändert werden müßten". Der betreffende Abschnitt seiner Rede hate folgenden Wortlaut:

„Müssen wahrhaftig noch lange Jahre vergehen, ehe das Wort „Ende" unter die tragische Bilanz des Weltkrieges gesetzt wird, jene Bilanz, die aus dem Blute von 10 Millionen junger Männer entstanden ist? Kann man sagen, daß es unter den Nationen eine Gleichheit gibt, wenn auf der einen Seite bis auf die Zähne Bewaffnete und auf der anderen Seite die zur Wehrlosigkeit Verurteilten stehen? Und wie kann man vom Wiederaufbau Europas sprechen, wenn nicht einige Klauseln einiger Friedensverträge abgeändert werden, die ganze Völker an den Rand des materiellen Abgrundes und der moralischen Verzweiflung getrieben haben? Wieviel Zeit muß noch vergehen, damit die Überzeugung Platz greife, daß im gegenwärtigen Wirtschaftsapparat der Welt nichts mehr stimmt, oder vielmehr alles zerbrochen ist?"

Litwinow in Italien.

Die aufsehenerregende Rundreise des russischen Außenministers.

Fast ganz unmerklich für die breite Öffentlichkeit hat der russische Volkskommissar des Äußeren an den Staatsbesuch in der Türkei einen ähnlichen Besuch nach Italien angeschlossen. Die Marschroute Litwinows ist nicht zufällig. Bekanntlich besteht zwischen Italien, Rußland und der Türkei ein weitgehendes Einvernehmen in vielen wichtigen außenpolitischen Fragen. Es entspricht daher den Grundtendenzen der russischen Diplomatie, wenn auf die persönliche Fühlungnahme mit der Türkischen Regierung eine Fühlungnahme mit der Italienischen erfolgt.

Es dürfte sich bei der Rundreise Litwinows zunächst einmal wohl um eine Klärung der Fragen handeln, die sich auf die kommende Weltabrüstungskonferenz beziehen. Es muß damit gerechnet werden, daß Rußland, Italien und die Türkei ihre Taktik in Genf aufeinander abstimmen werden. Die Weltabrüstungskonferenz steht unmittelbar bevor. Die drei Monate, die uns von ihrer Eröffnung trennen, vergehen schnell. Die Vorbereitungen scheinen in den meisten Ländern nicht allzu intensiv zu sein. Ganz andere, besonders aktuelle Probleme stehen im Vordergrund. Dagegen verliert Litwinow keine Zeit. Seine Aktivität dürfte nicht vergebens sein.

Daß auch die besonderen Fragen, die speziell die Ausgestaltung der russisch-italienischen Beziehungen betreffen, bei den italienischen Besprechungen Litwinows keinesfalls vernachlässigt werden, ist selbstverständlich. Es mag paradox erscheinen, daß ausgerechnet die zwei Länder, die weltanschaulich heute am weitesten voneinander stehen, andrerseits politisch eng zusammengehen. Aber die Politik besteht ja vielfach aus Paradoxen. Ja, die Zusammenarbeit Italiens und Rußlands kann sich unter Umständen als besonders fruchtbar und nützlich erweise. Sie ist auf Erwägungen aufgebaut, die einen Weitblick verraten, den man in der Außenpolitik mancher anderen Länder heute so gut wie völlig vermißt.

Brüning vor dem Zentrum.

Berlin, 6. November.

Auf der gestrigen Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei nahm Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Seine Rede brachte einen Überblick über die gesamtpolitische Lage. Hierbei ging auch Dr. Brüning auf die koalitionspolitischen Erörterungen ein. Er nahm in ähnlicher Weise dazu Stellung wie Prälat Dr. Kaas, über dessen Äußerungen wir bereits gestern berichtet haben. Der Reichskanzler wurde von stürmischem Beifall der Versammlung begrüßt. Den Weg der Reichsregierung stellte er als den einzig möglichen hin. Das jetzige Kabinett sei von den Parteiwünschen noch unabhängiger, als das erste Kabinett Brüning.

Der Reichskanzler gab zu, daß man allerdings nicht auf die Dauer mit Notverordnungen so regieren könne, wie man sich das vielfach in der Öffentlichkeit vorzustellen pflege. Man müsse Schritt für Schritt alle Maßregeln für die Gesundung der deutschen Wirtschaft sorgfältig erwägen.

Mit sehr großer Schärfe wandte sich Dr. Brüning dann auch gegen die Deutsche Volkspartei, der er vorwarf, daß ihr Beschluß für Zusammentritt des Reichstags Deutschland an einem einzigen Tage den Abzug von 220 Millionen Devisen gekostet habe. Wenn die Volkspartei wolle, so werde er gern in eine gründliche Auseinandersetzung mit ihr eintreten. Der Landvolkpartei warf Brüning vor, daß sie die Grenzen der Hilfsmöglichkeiten verkenne und übersehe, welchen Schutz die ggenwärtige Regierung gerade dem Landvolk angedeihen lasse. Jetzt aber solle man lieber die Möglichkeiten gemeinsamer Arbeit prüfen.

Von besonderem Gewicht ist die Erklärung des Kanzlers, **daß er die Mark unter keinen Umständen dem Pfunde folgen lassen werde.** Dr. Brüning fügte hinzu, er werde sich auch bis zum äußersten gegen jede inflatorische Maßregel stemmen, weil nur durch Stabilhaltung der Währung das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft gekräftigt und wiederhergestellt werden könne.

Der Reichskanzler kündigte an, daß dem deutschen Volk auch künftig schwere Opfer auferlegt werden müßten. Um so mehr sei eine gerechte Verteilung der Lasten unbedingt notwendig. Es handelt sich nicht allein darum, weitere Ersparnisse durchzuführen, sondern auch die Kaufkraft zu stärken. Man dürfe nicht nur den Schrumpfungsprozeß fortsetzen, sondern man müsse auch die deutsche Wirtschaft wieder beleben. Daher könne man nicht eine einseitige Lohnsenkung machen; denn das würde zu einer weiteren Einschränkung der Kaufkraft und damit zu einer Schädigung der Wirtschaft führen.

Dr. Brüning setzte sich für eine friedliche Verständigung der einzelnen Berufsgruppen ein. Die Etatslage für 1932 kennzeichnete er als sehr schwierig. In den jetzigen internationalen Verhandlungen müsse eine Lösung des Tributproblems gefunden werden, die für das deutsche Volk und die ganze Welt das Vertrauen wieder herstellt. Zugleich müsse eine Regelung der kurzfristigen Kredite erfolgen.

Die Rede des Reichskanzlers wurde am Schluß mit neuem, stürmischem Beifall aufgenommen.

*

Antwort der Nationalsozialisten.

München, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im „Völkischen Beobachter" wird heute mehrfach zur Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning Stellung genommen. In einem Artikel heißt es u. a.: Ob das Volk die Politik Brünings als die einzig mögliche betrachtet, werde Brüning am 15. November erneut in Hessen feststellen können. In den Augen der Nationalsozialistischen Partei sei die einzige Möglichkeit der Rücktritt des Kabinetts Brüning, das jedweder Änderung der deutschen Außen- und Innenpolitik hemmend im Wege stehe.

In einem Aufsatz des Hauptschriftleiters Rosenberg heißt es am Schluß: Trotz aller Zentrumstagungen bleibt nur eine Wahl: **entweder mit Hitler als Führer zu gehen, oder unter die Walze der nationalsozialistischen Volkserhebung zu geraten.**

Die Pressestelle der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei endlich schreibt: Die beängstigende Not unserer Tage hätten nicht jene zu verantworten, die seit Jahren vor der Verelendungspolitik gewarnt haben, sondern die politischen Machtgruppen, die die Macht im Staate in den Händen hielten. Daß Herr Stegerwald eine koalitionspolitische Fronterweiterung als unmöglich ablehnte, sei ein Meisterstück zentrumlicher Vertarnungskunst.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 6. November 1931.

Krakau — 1,48, Zawichost + 2,03, Warschau + 2,40, Plock + 2,19, Thorn + 2,97, Fordon + 3,04 Culm + 3,02, Graudenz + 3,28, Kurzebrak + 3,57, Pieckel + 3,33, Dirschau + 3,35, Einlage + —, Schiewenhorst + —.

Devise.

Mit festen Füßen auf der Erde stehn
Und doch sich nicht im Drang der Welt verlieren,
In Schönheit wandeln und doch Wege gehn,
Die über Lärm und Lust des Tags zum Himmel führen,
Des Zorns der Feinde lachend sich erwehren,
In Arbeit adlig, untergehn in Ehren,
Vor Menschen hochgemut, vor Gott in Demut klein —
Das soll mir Feldpanier und fröhlich Beten sein!

Adolf Holst.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 6. November.

Meist trocken.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet vorwiegend trockenes und meist heiteres Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Vater erschießt seine beiden Kinder und dann sich selbst.

Der Oplawitzer Wald, einer der beliebtesten Ausflugsorte der Bromberger, wurde am gestrigen Tage zum Hintergrund einer entsetzlichen Familientragödie.

Gegen 3 Uhr nachmittags ging gestern der Wegwächter Jakubowski mit seinem Hunde durch den Wald, als der Hund plötzlich große Unruhe an den Tag legte und vom Wege abbog. Jakubowski folgte ihm und entdeckte etwa 100 Meter vom Wege entfernt ein entsetzliches Bild: Er sah die Leiche eines Mannes mit durchschossener Schläfe und daneben die Leichen von zwei Knaben im Alter von 1½ und 3 Jahren. Man fand bei den Toten keinerlei Papiere vor, aus denen die Personalien zu erkennen waren. An dem Hut, der den Stempel der Firma Lewandowski-Bromberg trug, war nur das Monogramm „C. B." festzustellen. Die Polizei leitete sofort eine Untersuchung ein. Durch Verhör der in der Nähe wohnenden Bevölkerung wurde festgestellt, daß der Tote mit den beiden Kindern um ½11 Uhr mit dem Autobus nach Oplawitz gefahren war. Nachdem er sich einige Zeit in der Nähe der Kleinbahnstation aufgehalten hatte, begab er sich in den Wald. Man hatte auch einige Schüsse fallen hören, denen man jedoch keine Bedeutung beimaß.

Unterdessen hatte sich gestern nachmittag in Bromberg schnell die Nachricht von der entsetzlichen Tat verbreitet. Die Frau des Kaufmanns Biernacki, der eine Vertretung des Tabakmonopols in der Bahnhofstraße inne hatte, erfuhr auch davon und meldete der Polizei, daß ihr Gatte vormittags nach Oplawitz gefahren und bisher nicht zurückgekehrt sei. Ein Bruder des Vermißten begab sich sofort an den Tatort und mußte zu seinem Schrecken feststellen, daß die Toten sein Bruder und seine beiden Neffen waren.

Über die Ursache, die zu der furchtbaren Tat geführt haben mag, war bei Redaktionsschluß nichts Genaues zu erfahren. Tatsache ist, daß Biernacki in den letzten Monaten mit verschiedenen Schwierigkeiten materieller und familiärer Art gekämpft hat. Auch erlitt er vor etwa drei Wochen einen Schlaganfall, in dessen Verlauf er vier Tage besinnungslos lag. Das alles mag ihm so zugesetzt haben, daß er in einer augenblicklichen Störung des Zentralnervensystems sein Leben nicht mehr ertragen zu können glaubte.

Die Leichen wurden an Ort und Stelle gelassen, bis heut vormittag die Mordkommission am Tatort ein Protokoll aufnahm.

Neue außerordentliche Belastungen und Opfer.

Seit Wochen bestehen bereits die verschiedensten „Hilfskomitees für die Arbeitslosen", die alle den Zweck verfolgen, die wirtschaftliche Gefahr, die aus der Erwerbslosigkeit für Staat und Gesellschaft erwächst, zu beseitigen. Neben den ständig wachsenden Steuern für Staat und Selbstverwaltung entstehen unter den verschiedensten Bezeichnungen neue Gebühren, die auf die Schultern der Staatsbürger gelegt werden und in die neu gegründeten Arbeitslosenfonds strömen.

Nach den bisher festgestellten Absichten der Leiter dieser zahllosen Komitees strömen die Gebühren für die Milderung der Erwerbslosigkeit aus 17 Quellen, wobei zu bemerken ist, daß diese Liste bei weitem noch nicht geschlossen erscheint. Diese Quellen sind:

1. Die Unterstützungen der Selbstverwaltungen;
2. die Unterstützungen der kommunalen Sparkassen;
3. die Gebühren, die Industrie, Handwerk und Handel zu entrichten haben (die Zuschläge beim Auskauf von Gewerbe- und Handelspatenten);
4. Gebühren, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam tragen;
5. Gebührenentrichtungen der Beamten und geistigen Arbeitnehmer;
6. Gebühren der freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte usw.);
7. Gebührenentrichtungen der Landwirtschaft;
8. die Belastungen der Immobilien-Besitzer;
9. Steuern, die bei Veranstaltungen von Vergnügen, Konzerten Vorträgen usw. erhoben werden;
10. Spielkarten-Steuer;
11. die Einnahmen, die aus dem Verkauf der von den Zollbehörden beschlagnahmten Waren fließen;
12. Zuschläge zu den Schlachtgebühren;
13. Zuschläge zu den Gas-, Licht- und Wasserrechnungen;
14. Einnahmen aus dem Verkauf der verschiedensten Reklame-Plakate;
15. Einnahmen aus dem Verkauf von Abzeichen;
16. außerordentliche Zuschläge zu den Rechnungen in Restaurants, Cafés und in Handelsunternehmungen;
17. **Zuschlagsgebühren für Auslandspässe.**

Aus der Liste der erwähnten Belastungsquellen, die, wie wir eingangs erwähnten, damit noch nicht geschlossen ist, ist zu entnehmen, daß die Hilfe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sich auf ungeheure Opfer der Gesellschaft stützt. Die Privatwirtschaft hat trotz aller kritischen Zeiten die Hauptlasten in der Hilfsaktion gegen die Erwerbslosigkeit durch das Opfer neuer Steuern und Steuerzuschläge zu tragen.

---

§ **Marktverlegung.** Mit Rücksicht darauf, daß der Unabhängigkeitstag (11. November) in diesem Jahr auf einen Mittwoch fällt, wird der für diesen Tag fällige Wochenmarkt bereits am Dienstag, dem 10. November, abgehalten.

§ **120 000 Tonnen Kohle für die Arbeitslosen.** Im Zusammenhang mit der letzthin erzielten Einigung des Obersten Komitees zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Vertretern der polnischen Kohlenindustrie, wird jetzt die Frage einer *Verteilung von Brennstoff* an die Arbeitslosen in Angriff genommen. Das Komitee beabsichtigt, 120 000 Tonnen Kohle anzukaufen. Die polnische Kohlenindustrie hat dem Komitee einen 31prozentigen Preisnachlaß gewährt. Bis dahin wurden bereits 23 000 Tonnen Kohle den einzelnen Wojewodschaftskomitees zur Verteilung an die Arbeitslosen überwiesen.

§ **Achtung, Jahrgang 1911!** Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Meldungen zur Stammrolle bis zum 30. November einschließlich im Militärbureau des Magistrats, Zimmer 7, erfolgen müssen.

§ **Hausmädchen erhalten besondere Dienstbücher.** Auf Anordnung des Innenministeriums werden demnächst in ganz Polen Bücher eingeführt, die jedes Dienstmädchen beim Stellungswechsel bei sich zu führen hat. Die Eintragungen werden Personalien, den Dienstgang, Bescheinigungen und Zeugnisse der Dienstherrschaften enthalten. Die Einführung dieser Büchlein ist sehr bedeutungsvoll. Ein Dienstmädchen wird heut meistens in Stellung genommen, wobei man von ihm kaum mehr als den Namen und die Herkunft kennt, die zudem vom Vermittlungsbureau angegeben worden sind. In den seltensten Fällen wechselt ein Mädchen von einer bekannten Herrschaft zur anderen. Technisch ist es zudem viel praktischer, daß alle Eintragungen und Zeugnisse in einem Büchlein vermerkt sind und nicht auf unzähligen Blättern und Zettelchen, die man im Verlaufe der Jahre kaum noch entziffern kann. Die Bücher sollen auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers außer von den Berufsverbänden auch bei den Gemeinden geführt werden, die angewiesen werden, den Mädchen in jeder Weise an die Hand zu gehen und sie zu belehren. Wie bei vielen polnischen Verwaltungs- und Sozialverbesserungsmaßnahmen kann man auch bei diesen Dienstboten-Büchlein sagen, daß sie sich in Deutschland schon jahrzehntelang bestens bewährt haben.

§ **Die Arbeitslosigkeit.** Den Angaben der Staatlichen Arbeitsvermittlungsämter zufolge belief sich die Zahl der Arbeitslosen am 31. Oktober d. J. auf 253 355 Personen. Im Vergleich zur Vorwoche ist eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit um 2051 Personen zu verzeichnen. Gesetzmäßige Beihilfen erhielten in der Woche vom 16. bis zum 22. Oktober nur 56 282 Personen. In den einzelnen Bezirken betrug die Arbeitslosigkeit am 31. d. M.: Wojewodschaft Schlesien 61 435, Bezirk Sosnowitz 19 402, Bezirk Posen 13 931, Bezirk Bromberg 7 521, Bezirk Graudenz 3 505, Bezirk Dirschau 2 415, Gdingen 2 549, Thorn 2 152.

§ **Vor der Strafkammer** des hiesigen Bezirksgerichts hatten sich der 20jährige Josef und der 19jährige Jan Przybysz aus dem Kreise Wirsitz zu verantworten. Beide waren in eine verschlossene Scheune eingedrungen und hatten daraus 1½ Zentner Weizen und ½ Zentner Seradella gestohlen. Das Diebesgut benutzte der Vater zur Aussaat. Der Diebstahl wäre wohl nie aufgeklärt worden, wenn nicht zwischen dem einen der beiden Diebe und dessen Braut ein kleiner Streit entstanden wäre. Die Braut meldete daraufhin nämlich den Diebstahl der Staatsanwaltschaft. Das Gericht verurteilte Jozef und Jan Przybysz zu drei Monaten Gefängnis mit einem Strafaufschub von drei Jahren.

§ **Verkehrsunfälle.** In der Bahnhofstraße wurde der Straßenbahnführer Bronislaw Jakubiak von einem Auto überfahren. Er erlitt schwere Kopfverletzungen. Er lief über die Straße zu einem Straßenbahnwagen und wurde dabei von einem Auto erfaßt und überfahren. In besinnungslosem Zustand wurde er in das Krankenhaus eingeliefert. — Auf der Chaussee nach Mühltal fuhr ein Bromberger Privatauto infolge Steuerdefekts gegen einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon. — Vor dem Bahnhof wurde gestern der 77jährige Arbeiter Wojciech Tuszkaniak von einem Auto überfahren. Er erlitt leichte Verletzungen und konnte nach Anlegung von Verbänden nach Hause entlassen werden.

§ **Zu einer blutigen Schlägerei** kam es gestern in der Friedrich-Wilhelm-Straße zwischen einigen Fuhrleuten, die damit beschäftigt waren, die Deputatkohle der Eisenbahner abzufahren. **Im Laufe eines Streites erhielt der Fuhrmann Ludwig Grych mit einem stumpfen Gegenstand einen Schlag über den Kopf, daß er besinnungslos mit einem Schädelbruch zusammenbrach.** Der Zustand ist sehr ernst. Drei Personen wurden verhaftet.

□ **Crone** (Koronowo), 5. November. Auf dem heutigen Wochenmarkt zahlte man für Butter 1,40—1.70, für Eier 2,20—2,30 die Mandel. Fette Schweine brachten 40—52 Zł. pro Zentner, Absatzferkel 25—30 Zloty pro Paar. — In der Nacht zum 5. d. M. wurden dem Besitzer Bonnin in Wiensowo aus der Scheune 10 Zentner Roggen gestohlen. Dem Diebe ist man auf der Spur.

v. **Argenau** (Gniewkowo), 5. November. Der heutige Wochenmarkt war nur mäßig beschickt und besucht. Für ein Pfund Butter wurden 1,60—1,80 und für die Mandel Eier 2,00—2,20 gezahlt. — In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst das neue Mitglied, Uhrmacher Mańkowski verpflichtet. Sodann wurde auf Anregung des Starosten beschlossen, daß Autobesitzer nur 7 Groschen für 1 Kilometer Autobusfahrt von einer Person erheben dürfen. In den Zuschlägen zu den staatlichen Grund- und Gebäudesteuern sollen keine Änderungen eintreten. Zum Schluß wurde dem Rendanten Entlastung für die Jahresrechnung 1930/31 erteilt.

z. **Inowrocław**, 2. November. **Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Gutsbesitzer Josef Kuraszkiewicz aus Balin bei Inowrocław wegen Unterschlagung und Betrug zu verantworten. Von der Firma Nitzsche aus Posen hat er eine Mähmaschine Marke „Doering" für den Preis von 1330 Złoty gekauft, worauf er 1000 Złoty schuldig blieb und Wechsel darüber ausstellte.** Inzwischen verkaufte er aber die Mähmaschine an ein Dominium für den Preis von 1000 Złoty weiter. Die der Firma Nitzsche gegebenen Wechsel ließ er immer wieder prolongieren, und zahlte auch dann nicht. als er die 1000 Złoty erhalten hatte. Die Firma Nitzsche machte nun geltend, daß der Angeklagte nicht berechtigt gewesen sei, die Maschine weiterzuverkaufen, solange sie nicht voll bezahlt gewesen wäre. Kuraszkiewicz erklärte vor Gericht, er habe in den Bedingungen darüber nichts gelesen. Der Staatsanwalt beantragt für den Angeklagten drei Monate Gefängnis. Nach kurzer Beratung wird K. zu einem Monat Gefängnis resp. 300 Złoty Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten verurteilt. — Dem Einwohner Anton Nowak aus Rzepowo wurde sein Fahrrad im Werte von 250 Złoty, Marke „Phönix", Nr. 31062, Registernummer 4024, entwendet, als er dieses im Flur des hiesigen Amtsgerichtes einige Zeit ohne Aufsicht hat stehen lassen. — Gefunden wurde auf der nach Montwy führenden Chaussee ein Herrenfahrrad. — Gestohlen wurde der Frau Rosalie Walczak aus ihrer Wohnung in der ul. Magazynowa 10 von unbekannten Dieben die Handtasche, enthaltend ein Gebetbüchlein und etwas Kleingeld.

z **Inowrocław**, 5. November. Ein Jahr Gefängnis für Totschlag. Vor der verstärkten Strafkammer hatte sich der 61 Jahre alte Landwirt Andreas Rychlik aus Strelno-Abbau wegen Totschlags zu verantworten. Am 5. August dieses Jahres ging der Arbeiter Franz Brzezich mit seinem 9jährigen Sohn Stefan gegen ½9 Uhr abends auf das Feld des Angeklagten, um sich etwas Klee und Gras zu holen. Das Feld liegt an den Eisenbahngleisen. Der Angeklagte nahm seine Flinte und begab sich auf das Feld, um auf Diebe aufzupassen. Als er nun auf dem Bahndamm zwischen den Waggons stand, sah er tatsächlich auf seinem Felde zwei Personen, eine größere und eine kleinere, mit einem Sack in der Hand, die Klee und Gras stahlen. Er gab einen Schuß ab, durch den B. getötet wurde. Der Staatsanwalt forderte in einer längeren Anklagerede strenge Bestrafung des Schuldigen, der einer Frau und den Kindern den Ernährer genommen hatte. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Przybyszewski, wies darauf hin, wie schwer es der Landmann bei den jetzigen Verhältnissen habe. Außerdem sei R., der allgemein geachtet wurde, bereits 61 Jahre alt und wisse, daß man mit Menschenleben nicht leichtfertig umgehen darf. Wenn der Schuß unglücklicherweise B. getroffen habe, so war das gewiß nicht sein Wille. Nach kurzer Beratung wurde das Urteil gefällt. Das Gericht hatte schwere Körperverletzung mit Todesfolge angenommen und den Angeklagten zu der Mindeststrafe von einem Jahre Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt.

♎ **Posen** (Poznań), 5. November. Vor der hiesigen Strafkammer hatten sich 22 Angeklagte wegen der Sejmwahlkrawalle vor dem Gebäude der BB-Partei in der fr. Viktoriastraße am 16. November v. J. zu verantworten. Das Urteil lautete gegen die sechs Angeklagten Nowacki, Koperski, Strzebiński, Walter, Chmielewicz und Greda auf je einen Monat Gefängnis, gegen Miętlicki auf 14 Tage Gefängnis. Sämtlichen Verurteilten wurde eine zweijährige Bewährungsfrist zugebilligt. 15 Angeklagte wurden freigesprochen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Brzeziny**, 2. November. Die Geliebte ermordet und in einen Teich geworfen. Im Dorfe Niesulkow, Kreis Brzeziny, unterhielt der Landwirt Franciszek Mickiewicz mit einer Franciszka Pietraszek ein Liebesverhältnis. Vor einigen Tagen verschwanden die Pietraszek und auch Mickiewicz aus dem Dorfe. Nach zwei Tagen kehrte Mickiewicz wieder zurück, während die Pietraszek nicht aufgefunden werden konnte. Die Polizei verhaftete Mickiewicz unter dem Verdacht eines Diebstahls. Im Haftlokal teilte Mickiewicz einem Häftling mit, daß die Leiche der Pietraszek vermutlich in dem Mühlteich liege. Er könne jedoch diese Vermutung der Polizei nicht mitteilen. Nach seiner am nächsten Tage erfolgten Entlassung aus der Haft teilte der Mann der Polizei die Vermutung Mickiewiczs mit, worauf der Mühlteich abgelassen und tatsächlich die Leiche der Pietraszek auf dem Grunde des Teiches in einem Sack mit Spuren eines gewaltsamen Todes gefunden wurde. Als die Leiche dem Mickiewicz gezeigt wurde, bekannte er sich zu der Ermordung seiner Geliebten.

e. **Alexandrowo**, 3. November. Eine Eisenbahnkatastrophe ereignete sich auf der kujawischen Schmalspurbahn bei dem Gute Dobre. 16 Bahnwagen wurden zertrümmert. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. — In Piotrków Kujawski gerieten Kasimierz Pacholski und Felix Wróblewski aneinander. Dabei wurde Pacholski von seinem Widersacher arg mit dem Messer bearbeitet. — In Nieszawa vergewaltigte ein 15jähriger Knabe ein 11jähriges Mädchen. Der Täter wurde der Polizei übergeben. — Von einem unbekannten Schützen wurde der Arbeiter Stanisław Liśki angeschossen. Er fand im Krankenhaus Aufnahme. — Wäsche im Werte von 300 Złoty wurde dem Händler Aaron Lewicki in Piotrków gestohlen. Der Dieb konnte bald ermittelt und verhaftet werden.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki. Druck und Verlag von A. Dittmann. T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund" Nr. 257

Die Verlobung zeigen hiermit an
Pelagia Cieslik
Stewnitz, Kr. Flatow-Grenzmark
Nikolaj Krause
Güntergost (Witrogoszcz)
Kreis Wyrzysk, Polen 10249

Steuerberufungen Gesuche 4350 bearbeitet sachgemäß **Krynicki,** Dluga 2.

Wer arb. **Filet-Netze?** Off. m. Preisang. u. L. 4434 a. d. Geschst. d. Ztg.

Tischlerarbeiten werd. bill. ausgeführt sow. **Möbel** aufpoliert. 4443 **Kordeckiego 23,** Hof

---

Große Auswahl in antiken u. anderen **Möbeln auch Klavier** billig zu verkauf. 10244 **Pomorska 32,** Laden.

Kirchenzettel.

Sonntag, den 8. Nov. 1931
23. n. Trinitatis
* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Bromberg. Paulskirche. Vormitt. 10 Uhr Sup. Aßmann, 11½ Uhr Kindergottesdienst, nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindehause, Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstd. im Gemeindehause, Pfarr. Wurmbach.

Evangl. Pfarrkirche Vorm. 10 Uhr Pf. Hesekiel, ½12 Uhr Kindergottesdst. Dienstag, abends 8 Uhr Blau-Kreuz-Versammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vorm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach*, Montag, 8 Uhr Übungsstd. des Kirchenchors, Dienstag, ab. 8 Uhr Vereinsstunde des Jungmänner-Vereins.

Luther-Kirche, Frankenstraße 44. Vorm. 10 Uhr Jugendbund, ½12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Gottesdienst. Einführ. des Pfarrers Pirwitz durch Herrn Sup. Aßmann, 5 Uhr Blaukreuzgebetsstunde.

Kl. Bartelsee. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst*, ½12 Uhr Kindergottesdst., nachm. 3 Uhr Jungmädchenverein, ½6 Uhr Jungmännerverf., Dienstag, ½6 Uhr Jungmännerversammlung, Freitag, 7 Uhr Jungmädchenchor.

Schröttersdorf. Nachm. ½4 Uhr Gottesdienst, Donnerstag, nachm. ½5 Uhr Frauenhilfe.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst danach Kindergottesdienst.

Landeskirchliche Gemeinschaft. Marcinkowskiego (Fischerstraße) 3. Vorm. 8¾ Uhr Gebetstde., nachm. 2 Uhr Sonntagschule, 3½ Uhr Jugendbundstunde, 5 Uhr Evangelisation, Pred. Bohnke, Königsberg, abds. ½8 Uhr Reformations-Lichtbilderabend, Mittwoch, abdens 8 Uhr Bibelstunde, Pred. Gnauk.

Ev.-luth. Kirche. Posenerstr. 25. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst, Freitag, 7 Uhr Bibelstunde.

Baptisten-Gemeinde. Rinkauerstr. 41. Vormitt. ½10 Uhr Gottesdst., Pred. Becker, 11 Uhr Sonntagsschule, nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Pred. Becker, 6 Uhr Jugendvereine, Montag bis Sonnabend abds. 8 Uhr Evangelisation, Pred. Rehr ab Dienstag nachm. 4 Uhr Bibelstunde.

Neuapostolische Gemeinde, Sniadeckich 40. Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, nachm. 3½ Uhr Gottesdst., Mittwoch, abds. 8 Uhr Gottesdienst.

Lochowo. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Kruschdorf. Nachmittag 3 Uhr Predigtgottesdienst.

Schulitz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, ½12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Frauenhilfe, Mittw., nachm. 5 Uhr Bibelstunde.

Otterane-Langenau. Nachmitag 3 Uhr Predigtgottesdienst, 4 Uhr Jugendstunde, Donnerstag, nachm. 4 Uhr Frauenhilfe, 5 Uhr Bibelstunde.

Weichselhorst. Vormitt. 10 Uhr Gottesdienst.

Grünkirch. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst.

Jarken. Nachm. 3 Uhr Predigtgottesdienst.

Zlotniki-Kuj. Nachmitt. 3 Uhr Gottesdienst.

Ronek. Vormitt. 10 Uhr Reformationsfest.

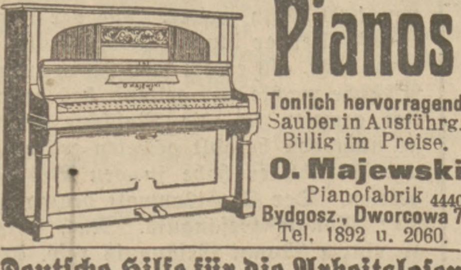
Fordon. Vorm. 10 Uhr Gottesdst., 11 Uhr Kindergottesdienst.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, anschließend Kindergottesdienst, nachm. 4½ Uhr Jugendvereine.

Nakel. Vorm. 8½ Uhr Gottesdst. in Erlau, 10 Uhr in Nakel, 11¼ Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Jungmädchenverein, 7 Uhr Versammlung der jungen Männer, Dienstag, abends 7½ Uhr Missionsnähverein, Donnerstag, abds. 6 Uhr Bibelstunde.

Wer erteilt in den Abendst. im Hause **poln. Unterricht** Off. mit Preisangabe u. G. 4426 a. d. G. d. Z.

Hauslehrerin erteilt **Nachhilfestunden.** Off. u. D. 4421 a. d. G. d. Z.



Pianos

Tonlich hervorragend Sauber in Ausführg. Billig im Preise.
O. Majewski
Pianofabrik 4440
Bydgosz., Dworcowa 7
Tel. 1892 u. 2060.

Deutsche Hilfe für die Arbeitslosen der Stadt Bromberg.

Jedes Mal, wenn wir uns an die

Opferfreudigkeit der Deutschen Bürger

wandten, um auch unser Teil zur Linderung der großen Notstände in unserer Stadt beizutragen, konnten wir einen schönen Erfolg erzielen. Dies legt uns die Pflicht auf, uns wiederum an unsere Volksgenossen zu wenden, um der Härte des Winters zu begegnen. Unsere Sammlung vollzieht sich im Rahmen der städtischen Nothilfe. Da das Elend der Arbeitslosen noch angewachsen ist, ist es Pflicht auch der Minderbemittelten, und zwar eines jeden, der auch nur das Notwendigste hat, eine Spende zu opfern.

Wir schicken, um möglichst alle Deutschen zu erfassen, unsere Sammler, die mit einem gestempelten Ausweis versehen sind, von Haus zu Haus. Wir bitten jeden, der auch nur ein ganz bescheidenes Einkommen hat, sich selber zu besteuern mit 2 oder auch nur mit 1 Prozent seines Einkommens, wie es ihm möglich ist.

Für jede Spende sei hiermit herzlichst gedankt. Die Spenden werden in der üblichen Weise durch die Zeitungen veröffentlicht.

Einzahlungen können auch erfolgen auf das Konto „Arbeitslosenspende" bei der Deutschen Volksbank Posenschen Genossenschaftsbank, Filiale Bromberg und Bank für Handel und Gewerbe. 10187

Die deutsche Stadtverordneten-Fraktion:
gez. Jendrike.

Der deutsche Wohlfahrtsbund:
M. Schnee.

Mit bestem Danke wird hiermit über folgende Spenden quittiert:

3. Quittung. Geh. Rat Dr. Methner 5.—, Dr. Siegert 3.—, Deuser 5.—, Grund 5.—, Albert Schmidt 20.—, Dr. Holtz 3.—, Gehrke 2.—, Heilemann 2.—, Starke 20.—, Krengel 2.—, Hinz 1.—, Bäcker 2.—, Heinrich 4.—, Dr. Staemmler 30.—, Meyer 3.—, Baumann 3.—, Welke 3.—, Wilke 2.—, Hopp 2.—, Gellert 1.—, Plaesterer 2.—, Sterling 1.—, Heller 2.—, Kruse 5.—, Habermann 5.—, Albert Schulz 1.—, Robert Schulz 1.—, Pfefferkorn 10.—, Eigner 10.—, Voigt 5.—, Dittmann 50.—, Arndt 10.—, Kesterke 2.—, Beetz 2.—, Dr. Hecht 2.—, Czernikowski 1.—, Zawadzki 2.—, Bohl 5.—, Gündler 1.—, Hesselmann 3.—, Pozorski 3.—, Wilhelm 3.—, Hammer 5.—, Baruch 1.—, Grosse 3.—, Strasser 5.—, C. A. Franke 25.—, Burchardi 2.—, Arndt 2.—, Ungenannt 0.50.

Kacheln

weiß und farbig

Transportable Kachelöfen

Eis. Herde

zu billigsten Preisen ständig auf Lager.

Ausführung von Ofenarbeiten.
O. Schöpper
Bydgoszcz, Zduny 5
Telefon 2003. 10134

Gesucht 10250
Rechnungsführer
unverh. — Lohnbücher — Wirtschaftsbücher — Gutsvorstand — Speicher — Hof. Zeugnisabschr. (nicht zurück) erbittet
Pieper
Bodzewo, p. Gostyn. Wielkp.

Stütze

mit guten Kochkenntnissen von sof. gesucht für Arzthaushalt. 10248
Frau **Dr. Adler,**
Zagórze bei Gdynia.

Suche ab 15. 11. 31 ev. junges ehrl. Mädchen aus nur gut. Familie als **Stütze** für alle vorkommend. Hausarbeit. b. Familienanschl. 10242
Frau Wilh. Tyart,
Dragaß b. Grudziądz.

Heirat

Für meine Verwandte

40jährige, unabhängige Witwe, tüchtig im Haushalt und Geschäft, gute Erscheinung mit 6 Zimmereinrichtung und Zloty 20 000 Barvermögen, wünsche ich **passende Partie — Beamter, Kaufm., Landw.** Angebote mit genauen Angaben der Verhältnisse und Bild unter **B. 10251** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Witwer, Ende 50er, evgl., Besitzer, sucht Bekanntsch. m. Witwe od. älterem Fräulein **zw. Heirat.** Etw. Vermög. erw. Offert. unt. Nr. 10213 a. d. Geschäftsst. Arn. Kriedte, Grudziądz.

Offene Stellen

Suche für Rittergut Wyrza ledigen 4435
1. Beamten
der selbständig disponieren kann. Lückenlose Zeugn., d. nicht zurückgesandt werd. Beding. Persönl. Vorst. nur auf Wunsch. **von Lehmann, Matyldzin,** p. Mrocza.

---

10 erstkl. Polierer
gesucht für Dauerstellg. Fa. **W. Jähne,** Klavierfabrik, Danzigerstr. 42
4442

Lehrfräulein
für Konfitürengeschäft per sof. ges. Mädchen im Alter von 15—16 J. m. guter Schulbildung, der poln. u. deutsch. Spr. mächtig, wollen selbstgeschriebenen Lebenslauf einsenden unter **D. 10188** a. d. G. d. Ztg.

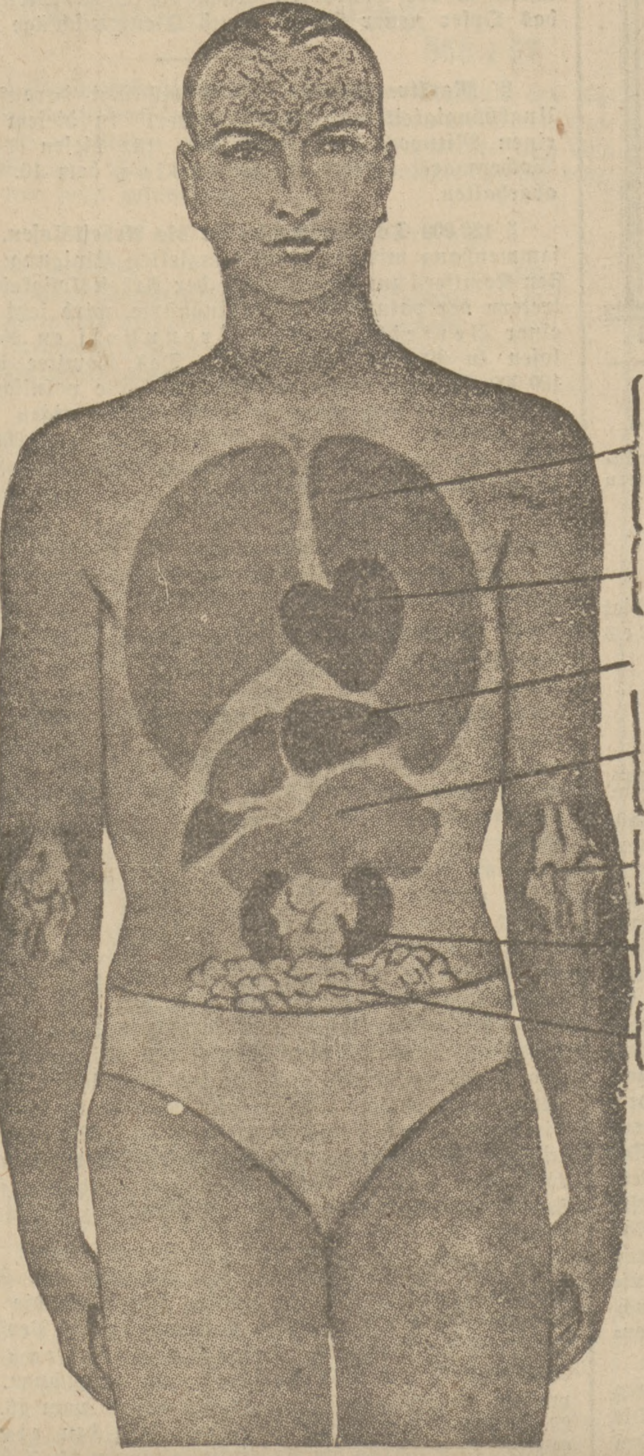
Junges, freundlich. **Mädchen** stellt sofort ein 10206
Alfred Piehl, Łoskoń,
poczta Fordon.

Stellengesuche

Aelterer, erfahrener
Kaufmann
(Kolonial-Branche), 3. Zt. in Stellung, 25 J. a., evgl., der poln. Spr. in Wort u. Schrift mächt., **sucht** ab 1. 12. 31 od. spät. möglichst **selbständige Stellung,** da bis jetzt so gearb., evtl. als Filialleiter od. Geschäftsführ. Kann, wenn nöt., 2000 Zł. Kaut. stellen. Gefl. Angebote unt. **J. 10210** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Selbständ. **Konditorgehilfe** sucht Stellung von gleich oder später. Off. u. **C. 4419** a. d. Gst.

KAFFEE, COFFEIN UND COFFEINFREIER KAFFEE



Der Einfluß von Genußgiften auf den menschlichen Organismus hängt sehr von der individuellen Empfindlichkeit ab.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Kaffee, der 1/10 oder 1/15 gr Coffein enthält, sehr oft Schlaflosigkeit, Herzklopfen und nervöse Störungen verursachen kann. Der Heftigkeitsgrad, worin sich diese Symptome zeigen, hängt ganz von der augenblicklichen Verfassung des zentralen Nervensystems usw. ab.

Bekannte Wissenschaftler haben sich eingehend mit der Coffeinwirkung beschäftigt, und die Resultate ihrer Untersuchungen zeigten, daß alle coffeinenthaltenden Genußmittel, besonders Kaffee und Tee, von allen, die an einem auf dem nebenstehenden Bilde bezeichneten Übel leiden, gemieden werden müssen.

Kaffee HAG, dem das Coffein entzogen ist, ist ein echter, aber unschädlicher Kaffee feinster Qualität. Nichts als das schädliche Coffein fehlt ihm.

Der herrliche Geschmack und das duftige Aroma dieses täglich frisch gerösteten Kaffees sind unvergleichlich Selbst die anregende Wirkung des Kaffees feinster Qualität fehlt ihm nicht, doch verursacht Kaffee Hag weder Schlaflosigkeit noch andere nervöse Störungen.

25 860 Ärzte im In- und Auslande empfehlen Kaffee HAG. Die meisten von ihnen sind Selbstverbraucher, weil sie davon überzeugt sind, daß der coffeinfreie Kaffee HAG mehr Genuß und bessere Gesundheit verbürgt als anderer Kaffee.

Wenn Sie Kaffee HAG noch nicht probiert haben, fangen Sie noch heute damit an.

Kaffee HAG ist, was Geschmack und Aroma anbelangt, ebenso herrlich wie gewöhnlicher Kaffee feinster Qualität, und was den Preis anbelangt . . . ja, allerdings, Kaffee HAG ist etwas teurer. Auf die Tasse berechnet, macht der Preisunterschied jedoch noch nicht zwei Groschen aus, und das wird wohl jeder für seine Gesundheit bedachte Mensch übrig haben.

BON

in geschlossenem Umschlag als Brief zu versenden an die Kaffee Hag, Danzig.

Einliegend Zł. 1,— in Briefmarken, wofür ich empfangen möchte

1 Probepäckchen Kaffee HAG

Name: ....

Ort: ....

Straße: ....

ZWEIFLER KÖNNEN ERST PROBIEREN:

Gegen Einsendung des nebenstehenden Bons zusammen mit Zł. 1,— in Briefmarken liefern wir vorübergehend durch die Post eine Probepackung Kaffee HAG.



Landwirtschaftl. 10196
Beamter
24 J. alt, evang., sucht per sofort oder 1. 1. 32 bescheidene Stellung. Frdl. Zuschrift. erb. an **Otto Reibel, Bukowiec,** p. Wągrowiec.

Erfahrener, lediger
Hofbeamter
mit Viehzucht gut vertraut, ebenso bewand. im Rechnungswes., **sucht anderw. Stellg.** v. bald od. spät. Angb. u. O. 4390 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Müllergeselle
der seine Militärzeit beendigt hat, sucht Stellg. Gefl. Off. unt. **T. 10245** a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Gärtnergehilfe
24 J. alt, **sucht Stellg.** vom 15. 11. in Guts- od. Handelsgärtn. Offert. unter **B. 4413** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Junge Köchin m. gut. Zeugniss. **sucht Stellung.** Offerten unter **W. 4402** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ehrl., evgl. **Fräul. vom Lande sucht Stellg.** im Haush. Bes. Kenntn. im Koch. u. Plätt. Meldg. an Frau **Mezydlo,** Sienkiewicza 12. 4436

Bessere, fleißige **Witwe** möchte in irgend einem **Haushalt sich nützlich machen** bei klein. Geh. Offerten unter **Z. 10254** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Staatl. gepr. **Lehrerin** läng. Praxis, 25 J. alt, poln. sprech. u. d. auch Anfangsunterricht in Engl. u. Franz. ert. kann, sucht Stellg. als **Hauslehrerin.** Off. u. 10215 a. d. Geschäftsst. **Kriedte, Grudziądz** erbeten.

Erfahrene
Wirtin
evgl., anf. 30, **sucht** von sofort od. später **Stellg.** Pr Zeugn. vorh. Lohnang. erwünscht. Offert. unter **L. 10225** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Suche Stell. als tücht.
Wirtschafterin
von sofort oder später, mögl. in einem größer. besser. Haush. od. Hotel. Perf. im Kochen u. kann die Hausfr. vollst. vertr. Offerten unter **M. 4437** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wegen Auswanderung meiner jetzig. Herrschaft **suche ich** von sofort od. 15. November **Stellung** in einem besser. Haushalt, Pfarrhaus bevorzugt. Kochkenntnisse u. gut. Zeugnis vorhand. Angeb. unt. **E. 10197** an d. Geschäftsst. d. Zeitg.

An- u. Verkäufe

Braune Stute, 6 jährig, (Mittelpferd), in gutem Futterzustande, wegen Platzmangel **zu verkauf.** Preis 260 zł. Offert. unt. **O. 4441** a. d. G. d. Z. erb.

Zucht-Eber und Sauen,
Edelschwein aus gesundem Stall, verkauft zu zeitgem. Preisen. 9893
G. Goertz, Niem. Stwolno, p. Sartowice.

Landwirtschaft
65 Morgen groß, guter Boden und Gebäude, mit lebendem u. totem Invent. bei 12—15000 Zł. Anzahl. bill. z. verk. Offerten unter **K. 4433** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Verkaufe mein über 200 Morgen großes
Privatgut
tot. u. lebend. Invent. kompl., Gebäude gut, Boden weizen- u. kleefähig. Anzahlg. 40000 Zł. Offert. unt. **P. 10234** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Verkaufe **Wolkenhauer Pianino** für 2000 zł oder **Kaps, Stutzflügel,** für 4000 zł **Pfitzenreuter,**
4430 Pomorska 27.

Möbel
gebraucht, alle Sorten in gutem Zustande, auch kompl. Zimm. verkauft **Bydgoszcz, Okole, Jasna 25,** im Hof. 4439

Gesucht gut erhaltene
Kolben-Pumpe
5—7 cbm Stundenleistg. langsam laufend, mit Riemenbetrieb. 10224
Młyn Motorowy
właść.: **Reinhold Wein**
WEŁNA, tel. Janówiec 10.

Bettstelle, Tische, Spinde u. ganze Schlafzimmer bill. z. verk. **Kordeckiego Nr. 23,** Tischlerei. 4444

Ein 2stell. Grabgitter hat bill. zu verkaufen **F. Schwirz,** Schlosserm., Bod blankami 26. 4327

Kaufe ca. 500
Weihnachtsbäume
und erbitte Offerte. **A. May, Inowrocław,** Pakoska 26. Telefon 326.
10255

St. Elisabeth - Verein und Kath. Frauenbund

Wohltätigkeits-Fest

zum Besten der Armen

Sonntag, den 8. November 1931

Anfang ½5 Uhr im Civil-Kasino

Konzert, Männerquartett
Solis, Singspiel
Reigen, Vorträge

= TANZ =

Moccastube, Büfett, Japan. Winzerdiele usw.

Eintritt pro Person 1 zł, numer. Sitz 2 zł.

Vorverkauf bei Fräulein Kaffler, Danzigerstraße.
10230

Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.
Sonntag, 8. Nov. 1931
nachm. 3 Uhr 10133
zum letzten Male
Drunter u. drüber, rechts und links.

Abends 8 Uhr:
Die Toni aus Wien
Eintrittskarten wie üblich.

Dienstag, 10. Nov. 1931
zur Feier des elfjährigen Bestehens der Deutschen Bühne
Der Mann, den sein Gewissen trieb
Ein Schauspiel in einem Vorspiel und 3 Akten von Maurice Rostand. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Karl Lerbs.

Eintrittskarten für Abonnenten Freitag u. Sonnabend, freier Verkauf Montag i. Johne's Buchhandlung Dienstag von 11—1 und ab 7 Uhr abends an der Theaterkasse 10265
Die Leitung.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 257.

Bromberg, Sonnabend den 7. November 1931.

Pommerellen.

6. November.

Graudenz (Grudziądz).

× **Die Sorge für die Arbeitslosen** stellt sich von seiten des Magistrats zurzeit wie folgt dar: Bei den Notstandsarbeiten werden 1698 Erwerbslose beschäftigt. Dafür betragen die monatlich aufzuwendenden Kosten 24 308 Złoty. In der städtischen Volksküche werden täglich etwa 1600 Mittagsportionen unentgeltlich verabfolgt. 2258 schulpflichtige und noch nicht der Schulpflicht unterliegende Kinder von Erwerbslosen erhalten täglich aus Brot und Milch bestehendes Frühstück. Im Laufe des Monats Oktober wurden hierfür 1979 Kilogramm Brot und 10 054 Liter Milch gebraucht. Auch die ärztliche Versorgung der Arbeitslosen ist geregelt. In Graudenz machen monatlich rund 300 Arbeitslose von der unentgeltlich erteilten ärztlichen Hilfe Gebrauch. Die hierdurch der Stadt entstehenden Kosten belaufen sich auf ca. 2500 Złoty. — Auf dem Gebiete der privaten Hilfstätigkeit könnte nach Ansicht des Magistrats noch mehr geschehen, als es der Fall ist. Nach Angabe aus magistratlicher Quelle gibt es hier nur 46 Familien, die Arbeitslosen Mittagessen zuteil werden lassen. *

× **Straßenunfall.** Gestern mittag stürzte die 13jährige Schülerin Proń mit ihrem Fahrrad so unglücklich, daß sie sich einen Beinbruch zuzog. *

× **Spielende Kinder gehören nicht auf den Fahrdamm.** In der Culmerstraße (Chełmińska) jagten sich am Mittwoch nachmittag einige Knaben. Einer von ihnen, der 14jährige Zygmunt Winklewski, geriet dabei unter ein Auto (PM. 53 214) und wurde nicht unerheblich verletzt. *

× **Verhaftet** wurde ein Mann, der in verdächtiger Weise einen Sack trug. Es erwies sich, daß der Sack ein einem Landwirt in Dragaß gestohlenes Pferdegeschirr enthielt, und daß der Täter ein ebenfalls von dort stammender Mann namens Brzozowski ist. *

* **Wegen betrügerischen Bankerotts** wurden am gestrigen Dienstag auf Befehl des Untersuchungsrichters die Besitzer der Obermühle in Graudenz Zwolinski und Gronwald verhaftet. Auch der frühere Leiter dieses Unternehmens namens Jankowski wurde auf Anordnung des Untersuchungsrichters unter Polizeiaufsicht gestellt. Nähere Einzelheiten werden, wie die Polnische Telegraphen-Agentur mitteilt, mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossene Untersuchung geheimgehalten. *

× **Ein ungetreuer Angestellter.** In Graudenz wurde dieser Tage der Brenner Tadeusz Derfert festgenommen, der auf einem Gute im Kreise Culm (Chełmno) einen Betrag von etwa 1700 Złoty veruntreut hat. Von diesem Gelde wurden noch 1100 Złoty bei ihm vorgefunden. *

× **Fahrraddiebe** treiben zurzeit wieder mehr ihr Unwesen. Die Leidtragenden sind Bernard Kowalski aus Neudorf (Nowawies), sowie Salomon Weitz, Grabenstraße (Groblowa) 20. Der Verlust der Bestohlenen beträgt 100 bzw. 120 Złoty. *

× **Dem letzten Polizeibericht** nach wurden sechs Personen festgenommen, darunter ein Dieb und ein Trunkenbold. Zu melden waren, wie jetzt fast täglich, wieder zwei Wagenlenker, die trotz Dunkelheit kein Licht mit sich führten.

Thorn (Toruń).

‡ **Von der Weichsel.** Nachdem am Mittwoch der Scheitelpunkt der neuen Hochwasserwelle erreicht war, fiel der Wasserstand bis Donnerstag früh um 5 Zentimeter auf 3,23 Meter über Normal. * *

t. **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 25. bis 31. Oktober d. J. gelangten auf dem Thorner Standesamt zur Anmeldung: 20 eheliche Geburten (12 Knaben und 8 Mädchen), 3 uneheliche Geburten (1 Knabe und 2 Mädchen) und 22 Todesfälle, darunter 7 von Kindern im ersten Lebensjahre. In demselben Zeitraum wurden 8 Eheschließungen vollzogen. * *

v. **Das Thorner Appellationsgericht** verhandelte am Dienstag im Berufungsverfahren in der Strafsache gegen den wegen fahrlässigen Meineides angeklagten Bäckermeister Josef Dejewski aus Thorn. Nach Verlesung des Urteils der ersten Instanz, das auf 5 Monate Gefängnis mit 2 Jahren Strafaufschub lautete, und erfolgtem Zeugenverhör, sprach das Appellationsgericht den Angeklagten von Schuld und Strafe frei. * *

v. **Die Klagen** über die von dem Thorner Magistrat mit ungeheurem Kostenaufwand in der Amtsstraße (Czarneckiego) in Mocker errichteten Arbeiter-Wohnhäuser wollen nicht verstummen. Der Mietzins für eine kleine Wohnung ist so hoch, daß ein gewöhnlicher Arbeiter gar nicht in der Lage ist, denselben aus seinem geringen Einkommen zu bestreiten. Die Beleuchtungsinstallation muß jeder Mieter auf seine eigenen Kosten ausführen lassen. Die Hausdächer sind in einem derartigen Zustande, daß bei Regenwetter das Wasser in alle im zweiten Stockwerk befindlichen Wohnungen dringt. Die Häuser haben weder einen Hausboden noch eine andere Räumlichkeit, so daß die Einwohner gezwungen sind, ihre Wäsche in den Wohnstuben zu trocknen. Trotz der seit einigen Wochen an den Magistrat gerichteten Aufforderung, mit Rücksicht auf den herannahenden Winter den Keller, in dem die Winterkartoffeln und Kohlen untergebracht werden sollen, in Ordnung zu bringen und die fehlenden Fensterscheiben einsetzen zu lassen, ist bis heute nichts in dieser Beziehung erfolgt. Die sich in der Hauptsache aus der ärmeren Bevölkerungsschicht zusammensetzenden Hauseinwohner haben nun keine Möglichkeit, ihre Lebensmittel frostfrei unterzubringen. Wenn man bedenkt, daß die Einwohner eine so hohe Miete zahlen, so ist einem das Verhalten des Magistrats um so unverständlicher. * *

t. **Ein schreckliches Ende nahm ein Kohlendiebstahl, den der in der Kirchhofstraße (ul. Św. Jerzego) 75 wohnhafte, 32 Jahre alte Arbeiter Stefan Fajutowski in der Nähe des Güterbahnhofes auf dem Hauptbahnhof ausführte. Beim Springen von einem Kohlenwaggon auf den anderen geriet er unter den fahrenden Zug, der ihm beide Beine unterhalb der Knie vom Körper abtrennte. Der Schwerverletzte wurde durch das Sanitätsauto in das städtische Krankenhaus eingeliefert.** * *

t. **Ein Zusammenstoß** ereignete sich Mittwoch nachmittag in der Brombergerstraße (ul. Bydgoska) zwischen einem Straßenbahnwagen und dem Militärlastauto Nr. 6347. Dabei wurde ein Handgriff des Vorderperrons abgerissen und zwei Scheiben zertrümmert. Der Vorfall soll angeblich duch ungeschicktes Fahren des Chauffeurs entstanden sein. * *

‡ **Durch ein ausschlagendes Pferd** wurde auf dem Altstädtischen Markt (Stary Rynek) der in der Janitzenstraße (ul. Grunwaldzka) 7 wohnhafte Stanisław Kokot am rechten Oberschenkel so empfindlich getroffen, daß seine Überführung in das städtische Krankenhaus notwendig war. **

‡ **Eine Schlägerei** entstand in der Seglerstraße zwischen zwei Männern. Dabei erhielt der eine einen so starken Schlag mit einem Glase in das rechte Auge, daß er in das städtische Krankenhaus überführt werden mußte. Nach Ansicht des Arztes droht dem Verletzten Verlust der Sehkraft. * *

‡ **Der Polizeibericht** vom Mittwoch verzeichnet zwei kleine Eigentumsvergehen, fünfzehn Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, vier Verstöße gegen die Eisenbahnbestimmungen und vier Überschreitungen der Polizeistunde. — Festgenommen wurden drei Personen wegen Vagabundage und zwei Personen wegen sittlicher Verfehlungen. Außerdem wurde eine Person wegen Flucht aus der Erziehungsanstalt aufgegriffen, ferner ein junger Mann wegen Nichtgestellung zum Militär. Ein Handtäschchen wurde als gefunden beim Magistrat deponiert. * *

Schlägerei mit tödlichem Ausgang.

* **Czersk,** 5. November. Die Arbeiter Josef Banach, Franz Kuzimski und Franz Poga von hier belästigten die Hausierer Franz Stopa, Alois Ossowski, Max Narloch und Frau Maria Banach, als diese Waren zwecks Transports nach Danzig auf ein Auto verluden.

Es entstand ein Streit, in dessen Verlauf Josef Banach dem Stopa ein Schustermesser in den Hals stieß und ihn erheblich verletzte. In der Notwehr schlug St. dem B. mit einem schweren Stock mehrmals so stark über den Kopf, daß B. besinnungslos hinstürzte. Er wurde nach Hause geschafft und starb hier, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, am nächsten Morgen. Die Leiche wurde behördlicherseits beschlagnahmt. Der zweite der Angreifer, Kuzimski, wurde gleichfalls schwer verprügelt und erhielt mit einem scharfen Gegenstand einige Schläge über Kopf und Hände. Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß der verstorbene Banach der Urheber war. Er wollte seiner von ihm getrennt lebenden Frau nicht gestatten, mit den Händlern nach Danzig zu fahren. Um sie mit Gewalt zurückzuhalten, hatte er sich seine Freunde mitgenommen. Verhaftungen wurden bisher nicht vorgenommen, da alle „Kämpen" so schwer verletzt sind, daß sie das Bett hüten müssen.

* **Gdingen** (Gdynia), 5. November. Beschädigung elektrischer Leitungen. Am 20. Oktober teilte die Verwaltung der hiesigen Unterstation des Pommerellischen Landes-Elektrizitätswerkes der Polizei mit, daß drei Tage vorher am Nachmittag eine Störung der Leitung nach dem Handelshafen eingetreten sei. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, die ergab, daß an dem kritischen Tage ein elfjähriger Junge ein mit einem kleinen Ziegelstück beschwertes Stück Draht mehrmals in die Luft geworfen hat, bis sich der Draht in der Lichtleitung verfing und eine Stromunterbrechung eintrat. Der Junge muß dies bemerkt haben und suchte das Weite. Er wurde aber ausfindig gemacht und zeigte dann der Polizei an Ort und Stelle, wie er die Sache angestellt hatte.

d **Gdingen** (Gdynia), 5. November. Ein tragischer Autounfall ereignete sich heute auf der Danziger Chaussee nahe bei Kielau (Chylonja). Das Militär-Lastauto der Fliegerstation in Putzig fuhr gegen einen mit Kartoffeln beladenen Wagen. Der Kutscher Julius Krause aus Weißfluß fiel hierbei vom Wagen und kam unter die Räder des Autos, wobei der Tod auf der Stelle eintrat. Wer das Unglück verschuldete, ist noch nicht geklärt. — Falschgeld, Fünf-Złotymünzen, sind hier in großen Mengen im Umlauf. So erhielt eine Verkäuferin auf dem Wochenmarkte beim Wechseln von 100 Złoty sämtlich Falsifikate. Ähnlich erging es dem Maurer Josef Malek, der seinen ganzen Verdienst bei einem Unbekannten wechselte und hierfür ausschließlich Falschgeld erhielt. — Bestohlen wurde gestern im Autobusbahnhof der Reisende Franz Musa. Unbekannte Taschendiebe stahlen ihm die Geldtasche mit 340 Złoty und sämtlichen Dokumenten.

ch **Konitz** (Chojnice), 4. November. Feuer war heute abend in der Schützenstraße im Hause des Herrn Biesek

im ersten Stockwerk ausgebrochen. Trotzdem Betten, Strohsäcke und ein Schrank bereits von den Flammen erfaßt waren, konnte ein Ausbreiten des Brandes durch rechtzeitiges Eingreifen der Wehr verhindert werden.

h Soldau (Działdowo), 4. November. Um die Armen und Erwerbslosen unserer Stadt während der Wintermonate mit warmem Essen zu versorgen, wird der Magistrat in den nächsten Tagen eine Volksküche eröffnen. — In der vorigen Woche wurde ein Einbruch in die Werkstätte des Böttchers Isidor Tarach hier verübt. Die Spitzbuben haben die Türe mittels Dietrichs geöffnet und aus der Stube verschiedenes Handwerkszeug im Werte von 100 Złoty entwendet.

Der Fonds der Handwerkskammern.

Warschau, 5. November. (PAT.) In der gestrigen Sitzung des Sejm beschäftigte man sich mit Fragen, für die die breite Öffentlichkeit kein Interesse haben dürfte. Eine längere Debatte löste lediglich die Regierungsvorlage über die **Stärkung des Fonds für die Handwerkskammern** aus. Dieses Projekt bezweckt, den Handwerkskammern die nötigen Fonds zur Deckung der Defizits durch eine besondere Besteuerung der Handwerker auf dem Gebiet einer jeden Kammer aufzutreiben.

Der Referent, Abg. Idzikowski (Regierungsklub), weist den Vorwurf zurück, als ob dies eine neue Belastung für die Handwerker wäre. Er weist nach, daß das Defizit aller Handwerkskammern im laufenden Jahre etwa 1 500 000 Złoty betragen hat. Da für diesen Zeitraum 260 000 Werkstätten registriert sind, so entfallen auf eine Werkstatt nicht ganze 50 Groschen monatlich. Es kamen noch mehrere Redner zum Wort, die die Wirtschaft der Handwerkskammern kritisierten, worauf das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen wurde.

Polens Staatshaushalts-Voranschlag.

Wie wir vor kurzem berichteten, hat die Regierung dem Sejm den **Staatshaushalts-Voranschlag für 1932/33** vorgelegt, der auf der Einnahmenseite mit 2 375 015 800 Złoty und auf der Ausgabenseite mit 2 452 383 400 Złoty, somit also mit einem Defizit von 77 367 600 Złoty abschließt. Die Zusammenstellung des Voranschlages zeigt folgendes Bild:

Der Etat des **Präsidenten der Republik:** Einnahmen 203 500, Ausgaben 3 284 000 Złoty;

Sejm: Einnahmen 208 600, Ausgaben 6 204 300;

Senat: Einnahmen 46 700, Ausgaben 1 704 000;

Staatskontrolle: Einnahmen 159 200, Ausgaben 4 827 000;

Präsidium des Ministerrates: Einnahmen 2500, Ausgaben 3 149 000;

Außenministerium: Einnahmen 14 907 000, Ausgaben 44 567 000;

Kriegsministerium: Einnahmen 3 850 000, Ausgaben 832 650 000;

Innenministerium: Einnahmen 12 771 100, Ausgaben 212 600 000;

Finanzministerium: Einnahmen 1 373 710 300, Ausgaben 110 800 100;

Justizministerium: Einnahmen 62 254 400, Ausgaben 101 679 000;

Industrie- und Handelsministerium: Einnahmen 14 145 700, Ausgaben 26 500 000;

Verkehrsministerium: Einnahmen 681 500, Ausgaben 3 675 000;

Landwirtschaftsministerium: Einnahmen 2 610 000, Ausgaben 19 500 000;

Kultusministerium: Einnahmen 2 918 900, Ausgaben 348 033 300;

Ministerium für öffentliche Arbeiten: Einnahmen 15 926 000, Ausgaben 38 306 000;

Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge: Einnahmen 587 700, Ausgaben 87 502 000;

Ministerium für Agrarreform: Einnahmen 56 000, Ausgaben 11 760 000;

Post- und Telegraphenministerium: Einnahmen 9 300 000; Ausgaben 1 700 000;

Pensionen und Versorgungen: Einnahmen 33 050 000, Ausgaben 149 000 000;

Invalidenrenten: Ausgaben 157 000 000;

Staatsschulden: 280 033 000.

Die staatlichne Unternehmungen zahlen in den Staatsschatz 142 060 400 Złoty ein, während der Staatsschatz zu den Unternehmungen 7 910 000 Złoty zuzahlt. Die **Monopoleinnahmen** wurden auf 695 357 000 Złoty veranschlagt, darunter das Salzmonopol mit 47 100 000, das Tabakmonopol mit 340 Millionen, das Spiritusmonopol mit 270 Millionen, die Lotterie mit 14 257 000 und das Zündholzmonopol mit 24 Millionen Złoty.

Antisemitische Studentenausschreitungen auch in Warschau.

In Warschau fand am Dienstag eine Versammlung der Studenten vom Lager des Großen Polen statt, in der man sich mit den Studenten der inzwischen wegen antisemitischer Ausschreitungen geschlossenen Krakauer Universität solidarisch erklärte. Eine Gruppe junger Kommunisten versuchte die Versammlung zu stören. Sie wurden jedoch aus dem Saale verdrängt. Bei der Schlägerei wurden Scheiben zertrümmert und Stühle zerbrochen.

Unmittelbar nach der Versammlung begaben sich die rechtsorientierten Studenten in das Hochschulgebäude, wo sie unter den Rufen „Haut die Juden!" und „Fort mit den Juden!" **die jüdischen Studenten und Studentinnen aus dem Universitätsgebäude verdrängten.** Hierbei wurden zahlreiche jüdische Studenten und Studentinnen durch Stockhiebe übel zugerichtet. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, **daß das Studium jüdischer Studenten an christlichen Leichen eine Verletzung der christlichen und nationalen Gefühle bedeute.**

Im Zusammenhange mit den judenfeindlichen Studentenausschreitungen wurde an der Warschauer Universität folgendes Schreiben des Rektors, Professor Dr. Jan Lukasiewicz, angeschlagen: „Ich habe in Erfahrung gebracht, daß an der Warschauer Universität judenfeindliche Umtriebe vorbereitet werden. Im Interesse des Ansehens der Hochschule richte ich an die akademische Jugend den Appell, sich ruhig zu verhalten. Sollten Ausschreitungen vorkommen, so werde ich die Schuldigen aufs Strengste bestrafen bzw. die Universität schließen."

Innenpolitische Methoden als außenpolitische Belastung.

Warschau, 4. November.

In der gestern in der Außenkommission des Sejm begonnenen Aussprache über die außenpolitische Rede des Außenministers Zaleski (vergl. den Bericht in der vorigen Nummer der „Deutschen Rundschau") wurde von sozialistischer Seite der Optimismus des Ministers nicht geteilt. Der Abgeordnete **Czapiński** (PPS) sprach nach einer Analysierung der Beziehungen Polens zu Rußland und Deutschland u. a. auch über das Gespenst der Revisionspläne. Er sagte: „Trotz gewisser zweifellos günstiger Erscheinungen gestaltet sich unsere internationale Lage immer schwieriger; denn beunruhigend sind die Erscheinungen sogar in Frankreich. Unsere Außenpolitik ist wenig aktiv; eine große selbständige Initiative wird vermißt. Selbst in Frankreich haben wir eine immer schlechtere Meinung, von England und Amerika erst gar nicht zu reden. Ist doch Senator Borah kein Vögelchen, das sich auf dem Schiff Lavals niedergelassen hat, sondern ein einflußreicher maßgebender und aufrichtiger Mann. Die französische öffentliche Meinung ist darüber beunruhigt, was in Polen vorgeht, und dabei handelt es sich um die Meinung der Zentrums- und der Rechtskreise."

Auf den Fall Brest eingehend zitierte der Redner Stimmen aus dem „Journal des Débats", in denen darüber Klage geführt wird, daß die in Polen angewandten Methoden Beunruhigung sogar bei seinen Freunden hervorrufen, und daß diese Methoden mit der Funktionierung der parlamentarischen Demokratie nichts gemein hätten. Weiter erinnerte Abg. Czapinski daran, daß die neue polnische Gefängnisordnung, welche die politischen Gefangenen ebenso wie die kriminellen Verbrecher behandelt, in Westeuropa ihr Echo gefunden und in Frankreich Versammlungen und Proteste ausgelöst habe, wie dies aus den Berichten des „Oeuvre" hervorgehe. „Die Lage Polens im Auslande", sagte der Redner, „gibt also keine Ursache zu einem allzu großen Optimismus, da sich die englische, französische und amerikanische Meinung gegen uns wendet. Das, was in Polen vorgeht, hebt nicht unser Ansehen, und ich bedauere, daß der Außenminister gegen diese Methoden keinen Protest eingelegt hat."

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 8. November.

Königswusterhausen.

06.30: Funk-Gymnastik. 07.00: Bremer Hafenkonzert. 08.55: Morgenfeier. 11.30: Von Leipzig: **Reichssendung der Bachkantaten.** 12.00: Von Berlin: Konzert. 14.00: Elternstunde. 14.50: Mandolinenkonzert. 16.30: Martin Luthers Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Musik. 16.55: Von Berlin: Johann und Josef Strauß. 18.40: Alte Meister der Orgel. 19.10: Moidi Jokl: Grüner Tee. Chinesisches Hörbild. 19.35: Heinr. Lersch liest eigene Dichtungen. 20.00: Tagesglossen (Alfr. Kerr), 20.30: Funkpotpourri: London-Berlin.

Breslau-Gleiwitz.

07.30, 09.30: Schallplatten. 10.00: Katholische Morgenfeier. 11.00: Zehn Minuten für den Kleingärtner. 11.30: Von Leipzig: **Reichssendung der Bach-Kantaten.** 12.00: Raumverteilung und Möbelstellung (I). 12.15: Von Berlin: Konzert. 14.10: Was der Landwirt wissen muß! Der Landmann und die Aufwertungsschlußgesetzgebung. 14.25: Traugott Conrad: Gereimtes — Ungereimtes. 14.40: Zehn Minuten für die Kamera. 15.40: Tanz und Ekstase der Neger in Florida (Manfred Hausmann). 16.20: Unterhaltungsmusik. 17.20: Moderne Klaviermusik. 17.50: Unterhaltungsmusik. 18.20: Zur Auswahl gestellt! (Funkmagazin.) 19.00: Ernst Glaeser: Grenzland im Westen: Die Grundlagen des Lebens. 19.30: „8, 8 Uhr 30, 9, 9 Uhr 30, 10". Hörspiel von Heinz Ludwigg. 20.30: Von Berlin: London-Berlin. 23.00 bis 00.30: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

07.30: Frühkonzert. 09.00: Morgenandacht. 11.00: Goethe und das deutsche Lied (II). 11.30: Von Leipzig: **Reichssendung der Bachkantaten.** 12.00: Konzert. 14.30: Njuta Ghosch: Indische Reiseeindrücke. 15.00: Aus der Werkstatt der Sprache. 15.30: Unterhaltungskonzert. 16.30: Orgelfeierstunde. 18.10: Liederstunde (Henny Wolff, Leo Taubmann). 18.40: Gustav Hochstetter: Aus dem Tagebuch meiner Tiere. 19.20: Volkslieder. 20.15: Bunter Abend. 22.10—00.30: Tanzmusik.

Warschau.

12.15: Sinfonie-Konzert. 14.20, 15.00: Chorgesang. 17.00: Schallplatten. 17.45: Orchesterkonzert. 18.30: Chorkonzert. 19.25: Schallplatten. 20.15: Volkstümliches Konzert. 23.00—24.00: Tanzmusik und leichte Musik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten - Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Bahnhofstr. 26. Die Thorner Obligationen (Schuldverschreibungen) sind noch nicht aufgewertet. Nach der Aufwertungsverordnung vom 14. Mai 1924 werden Obligationen auf 33 Prozent aufgewertet, doch sind Abweichungen nach oben oder unten möglich. Daraus ersehen Sie schon, auf wie viel Sie ungefähr Anspruch haben. Die Regelung der Sache ist so einfach, daß Sie einen Vertreter, der die Angelegenheit „bearbeitet", gar nicht brauchen. Sie brauchen deswegen auch nicht Reisen nach Thorn zu unternehmen, es genügt vielmehr gelegentlich eine Anfrage beim Magistrat in Thorn, wie die Angelegenheit zurzeit steht. Daß die Schuldverschreibungen einmal als Kaution benutzt worden sind, hat auf den Wert der Papiere nicht den geringsten Einfluß.

M. M. Wenn Sie und Ihre Geschwister, die nicht zu Erben eingesetzt sind, schon nach dem Tode des Vaters den Pflichtteil erhalten haben und Ihre Mutter nur das besessen hat, was sie vom Vater geerbt hat, so haben Sie zum zweiten Male auf den Pflichtteil keinen Anspruch. Haben Sie aber nach dem Tode des Vaters zwar keinen Pflichtteil, wohl aber irgend eine Zuwendung erhalten, so müssen Sie sich diese auf den Pflichtteil anrechnen lassen. Das geschieht in der Weise, daß der Wert der Zuwendung dem Nachlasse hinzugerechnet wird. Der Pflichtteil bestimmt sich in Ihrem Falle in der Weise, daß der Wert des Nachlasses festgestellt und ohne Rücksicht auf das Testament durch die Zahl der gleichberechtigten Erben geteilt wird. Der Pflichtteilberechtigte hat von dem, was auf diese Weise auf ihn entfällt, nur die Hälfte zu beanspruchen.

G. G. Alter Abonnent. Sie können eine Forderung, die Sie an irgendjemanden haben, verkaufen, an wen Sie wollen. Der Schuldner kann Sie daran nicht hindern und kann daraus auch kein Recht ableiten, das Geld einzubehalten. Aber zur glatten Erledigung empfiehlt es sich, den Schuldner von der Zession der Forderung in Kenntnis zu setzen.

„Wilhelma". Magdeburg. Unserer Ansicht nach hätten Sie sich, wenn Sie nur eine Anerkennung Ihrer Forderung verlangten, nicht an die Aufwertungsbank, sondern an die „Wilhelma" wenden sollen. Diese verwies Sie an die Aufwertungsbank nur in der Frage der Höhe der Aufwertung. In der Frage der Anerkennung ist u. E. die Wilhelma allein zuständig. Wir halten aber die formelle Anerkennung Ihrer Forderung nicht für so wichtig, denn Ihr Anspruch an die Gesellschaft ergibt sich aus deren Büchern, die schon verschwinden müßten, wenn Ihr Anspruch gefährdet wäre.

Nr. 1001. Wir können Sie nur an den Eigentümer der Edelpelzfarm in Steinseifersdorf, Kreis Reichenbach (Schlesien), Herrn O. Pflanz, verweisen, der Ihnen gewiß gern jede Auskunft über die Nerzzucht erteilen wird.

100 W. Wenn die Grundmiete, d. h. die Miete vom Juni 1914, auf ein Jahr berechnet, 590,40 Mark betrug, so haben Sie jetzt monatlich 60,50 Złoty zu zahlen. Alles Andere ist Nebensache. Eine Torheit ist es, wenn Ihr Wirt in den mit Ihnen vereinbarten Mietsvertrag schrieb „das Mieterschutzgesetz findet auf diesen Vertrag keine Anwendung". Haben Sie denn im Ernst annehmen können, daß ein Hauswirt in Szamocin die Befugnis hat, einfach wie ein Pascha Gesetze aufzuheben und zu erklären, daß auf die von ihm abgeschlossenen Mietskontrakte das Mieterschutzgesetz keine Anwendung findet? Liegt denn Samotschin in der Türkei?

Waldfrieden. Keine der sieben Nummern ist ausgelost worden.

W. Kr. in Sępólno. Die Aufwertung beträgt 25 Prozent = 500 Rm., dazu die Zinsen vom 1. 1. 27 an. Sie haben auf deutsches Geld Anspruch.

K. D. N. Keine der 16 Nummern ist am 12. Oktober d. J. ausgelost worden.

Nr. 500. August. Die Anwartschaft auf Rente aus dem Invaliditätsversicherungsgesetz erlischt, wenn im Laufe von zwei Jahren nicht mindestens 20 Wochenbeiträge geleistet worden sind. Da Sie, wie Sie schreiben, selbständig und in keiner Kasse gemeldet waren, fürchten wir, daß Sie in dieser Zeit auch keine Wochenbeiträge geleistet haben. Trifft dies zu, dann haben Sie auch einen Anspruch auf irgend eine Rente aus dem Versicherungsgesetz verloren.

Tragödie in der Wüste.

Der dänische Schriftsteller Knud Holmboe von Wahabiten ermordet.

Aus Kopenhagen kommt die Nachricht, daß der dänische Schriftsteller Knud Holmboe, alias Ali Ahmed, auf der Pilgerfahrt nach Mekka von Wahabiten erschlagen wurde.

Vor einigen Jahren machte der junge dänische Verfasser, Journalist und Reisende Knud Holmboe viel von sich reden. Von dem Verfall der abendländischen Zivilisation tief überzeugt, kehrte er der europäischen Welt den Rücken. Vom mohammedanischen Orient, von der Wüste erhoffte er die Rettung. Er bekannte sich zum Islam und nahm den Namen Ali Ahmed an.

Vor etwa einem Monat unternahm Knud Holmboe auf dem Rücken eines Kamels eine Pilgerfahrt von Palästina zu der heiligen Stätte des Islams, Mekka. Kurz nach Überschreiten der arabischen Grenze wurde er von den Wahabiten, einem wild fanatischen Beduinenstamm, gefangen genommen. Man weiß nicht, was die Wahabiten veranlaßt hatte, dem Leben Ali Ahmeds, ihres idealistischen und abenteuerlichen Glaubensgenossen, ein blutiges Ende zu bereiten.

Der Tod in der arabischen Wüste schloß ein Leben ab, das in jeder Hinsicht ungewöhnlich verlaufen ist. Ein Kaufmannssohn aus dem kleinen dänischen Ort Horsens, hatte Knud Holmboe Wikingerblut in seinen Adern. Ein unbändiger Abenteurerdrang trieb ihn auf weite Reisen und brachte ihn in die gefährlichsten Situationen.

Schon früh hatte Holmboe Interesse für die islamische Welt bekundet. Er erlernte die arabische Sprache. Er reiste nach dem Irak und nach Afrika. Der Orient ist ihm zur zweiten Heimat geworden. Er wurde gläubiger Mohammedaner. Als Sprachlehrer und Autochauffeur konnte er sich durch große Gebiete Afrikas durchschlagen. Seine Lebensansprüche waren minimal, er führte ein asketisches Dasein. Er besuchte Abd-el-Krim während des Riffkrieges. Spielend überwand er alle Gefahren. Sein Leben war eine seltsame Mischung von religiöser Inbrunst und Abenteuerlust. Ali Ahmed schilderte seine Erlebnisse in dänischen Blättern.

Später unternahm er eine Fahrt durch nordafrikanische Wüstengebiete in einem Wrack von Automobil, war unterwegs nahe dem Verdursten und wurde endlich von italienischen Militärbehörden in Tripolis verhaftet. Sein flammender Glaube an den endgültigen Sieg der unterdrückten Völker des Orients wurde von den italienischen Okkupationsbehörden als Versuch, die Eingeborenen gegen die italienische Herrschaft aufzuwiegeln, ausgelegt. Aber es gelang ihm, den Beweis für seine politische Loyalität zu erbringen. Auf freien Fuß gesetzt, kehrte er nach Dänemark zurück, wo er Frau und Kind hinterlassen hatte, und schrieb das Buch „Die Wüste brennt". Weitere Bücher, „Der vergiftete Nil" und „Das islamische Indien", waren in Vorbereitung.

Plötzlich brach Knud Holmboe die Arbeit an seinen Werken ab. Von ewiger Unruhe getrieben, schien er der düsteren Vorbestimmung, die seinen Lebensgang bedrohte, nicht entgehen zu können. Fast ohne Geldmittel, mit winzigen Honorarvorschüssen kleiner dänischer Zeitungen in der Tasche, begab er sich wieder nach dem Orient. Mekka war diesmal das Ziel seines Traumes. Nicht als Fremder, — als Gläubiger und überzeugter wollte er vor den Heiligtümern Mekkas erscheinen und vor ihnen im Staube liegen.

Seitdem Ibn Saud, der König von Hedschas, 1924 Mekka und Medina erobert hatte, war es für einen Europäer nicht leicht, den Weg zu diesen heiligen Stätten des Islams zu finden. Ibn Saud ist ein überzeugter Wahabit und läßt die Wege nach Mekka von fanatisierten Beduinen überwachen.

Die Wahabiten, die übrigens kein arabischer Stamm sind, bilden eine strenge islamitische Sekte, die von dem fanatischen Wunsch beseelt ist, den Islam zu seiner ehemaligen Reinheit zurückzuführen. In ihrem Sektantenwahn betrachten die Wahabiten nicht nur die Christen und sonstigen Ungläubigen, sondern auch alle anderen Mohammedaner als Abtrünnige und Häretiker. Nicht nur der Weingenuß, auch das Tabakrauchen gilt bei den Wahabiten als Todsünde im wahrsten Sinne des Wortes: es wird durch Köpfen bestraft.

Knud Holmboe alias Ali Ahmed war zwar überzeugter Anhänger des Islams, aber kein Wahabit. Er begab sich allein auf die Pilgerfahrt, die ihn durch die Wahabitengegend führte; jedoch hat er die Gefahren einer solchen Fahrt unterschätzt.

Die Tragik seines Todes besteht darin, daß er gerade von mohammedanischen Fanatikern in jener Wüste erschlagen wurde, von der er die Rettung der Welt erhoffte.

M. A.

Der Schacher um die dänischen Antillen.

Ein lehrreiches Blatt aus jüngster Geschichte.

Von Arnold Förring.

Bekanntlich hat Dänemark im März 1917 seinen Anteil an den westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten von Nordamerika für 25 Millionen Kronen verkauft. Dieses geldgewaltige Land zeigt sich an dem Erwerb der fern von Dänemark im mittelamerikanischen Interessengebiet der USA. — wo auch Großbritannien, Frankreich und Holland Stützpunkte haben — gelegenen, zu den Kleinen Antillen gehörigen Inseln aus strategischen Gründen sehr interessiert. Die bekanntesten der dänischen westindischen Inseln waren das hauptsächlich von Negern bevölkerte Santa Cruz, auf dem die Ortsnamen Kristianstad und Frederikstad an den dänischen Besitzer erinnern, und St. Thomas.

In einer unlängst in der dänischen Presse, u. a. der „Jydske Tidende“, enthaltenen Schilderung nun, die sich freilich auf die Memoiren des verstorbenen ehemaligen amerikanischen Außenministers Lansing beruft (Lansing war von 1915 bis 1920 im Auswärtigen Amt und hat auch ein Werk über die Versailler Friedensverhandlungen geschrieben), heißt es gewissermaßen, daß die Deutsche Regierung im Kriegsjahre 1915 Absichten auf jene dänischen westindischen Inseln gehabt habe, um sie als Marinestützpunkt zu benutzen. In Verbindung damit ist die Rede von der angeblichen damaligen Gefahr der Annexion Dänemarks durch Deutschland und dem festen Entschluß der Vereinigten Staaten, gegebenenfalls die dänischen Antillen zu besetzen, um eine Inbesitznahme durch Deutschland zu verhindern. Die dreiste Behauptung von deutschen Annexionsabsichten gegen Dänemark zählt zum ebenso krausen wie systematischen Kapitel der Kriegslügen über Deutschland, so daß man sich über die uneingeschränkte Wiederholung in Dänemark wundern muß, auch wenn der an dem unheilvollen Vertrag von Versailles parteiisch beteiligte Lansing als Zeuge dient. Da die Angelegenheit eines pikanten geschichtlichen Reizes nicht entbehrt und sich aus der amerikanischen Quelle einwandfrei ergibt, daß nicht Deutschland, sondern die Vereinigten Staaten unter allen Umständen aus maritimen Gründen in den Besitz der Inseln zu kommen trachteten, sei auf Einzelheiten noch ein wenig eingegangen.

Die „Newyork Times“ griffen vor kurzem im Anschluß an einen Besuch des Präsidenten Hoover auf den früheren dänisch-westindischen Inseln auf die Erinnerungen Lansings zurück. Lansing hat den Kauf der Inseln sehr befürwortet, weil er sie, und zwar schon vor Ausbruch des Weltkrieges, als einen wertvollen Erwerb für die USA. ansah. Präsident Wilson hat den Ankauf ausschließlich unter seestrategischen Gesichtspunkten erwogen, und Lansing rechnete, wie er behauptet, mit der Möglichkeit eines deutschen Erwerbes oder einer deutschen Kontrolle über die Inseln. Seltsamerweise will man in den USA. hinter der Ablehnung eines Kaufangebotes im Jahre 1902 durch den dänischen Landsting deutsche Handelsinteressen gewittert haben. Durch den amerikanischen Gesandten Egon in Kopenhagen nahm Lansing 1915 die Sache wieder auf. Auf Vorstellungen des dänischen Gesandten in Amerika, Kammerherrn Brun, kam von Dänemark ein „Nein!“ unter Hinweis auf die ökonomische Bedeutung der Inseln infolge der Vollendung des Panamakanals. Lansing bot kommerzielle Begünstigungen an, da das amerikanische Interesse an den Inseln rein seestrategischer Art sei. Höchst bemerkenswert war die Nachricht Bruns nach Kopenhagen, daß unter gewissen Umständen die Vereinigten Staaten es erforderlich finden könnten, die Inseln zu okkupieren, falls nämlich Dänemark die Souveränität über seine Antilleninseln verlieren sollte. Gelegentlich eines Besuches bei Lansing vergewisserte sich Dänemarks Gesandter im Auftrage seiner Regierung über den amerikanischen Okkupationsstandpunkt für den Fall einer dänischen Nichteinwilligung in den Verkauf. Lansings Antwort ließ keinen Zweifel an dem amerikanischen Druck. Als Brun weiter in ihn drang, berief er sich auf „die möglichen Folgen von Dänemarks Aufsaugung (Opslugning) durch eine der europäischen Großmächte“, und er präzisierte, dieser Fall sei gegeben, wenn Dänemark freiwillig oder unter Zwang die Souveränität über die Inseln an eine andere europäische Macht abträte, welche daraus eine Flottenbasis zu machen suchen würde. In diesem Zusammenhang spielte Lansing den äußerst fadenscheinigen Vorwand aus, es bestehe die Gefahr, daß Deutschland unter Benutzung des europäischen Chaos sich Dänemarks bemächtigen wolle, um vielleicht dadurch eine „gesetzliche Souveränität“ über die dänisch-westindischen Inseln zu erlangen mit der Absicht, sie zu einem maritimen Stützpunkt zu gestalten. Der fortgesetzte dänische Besitz der Inseln könne darum zu einer Bedrohung der dänischen Unabhängigkeit werden, und in einem solchen Falle würde die USA. die Inseln annektieren, weil man niemals zulassen werde, daß die Inselgruppe deutsch werde.

Diese direkte Drohung des hinsichtlich der Druckmittel nicht wählerischen Lansing war von Wirkung, wie er in seinen Memoiren mitteilt. Im Dezember 1915 unterrichtete ihn Brun über den Entschluß des dänischen Außenministers, unter dem Druck der Verhältnisse einer Abgabe der Inseln näherzutreten. Bei dieser Gelegenheit wünschte Brün, die Vereinigten Staaten möchten gleichzeitig mit dem Verkauf der dänisch-westindischen Inseln zu Protokoll geben, daß sie keine Einwendung gegen Ausdehnung der dänischen Oberhoheit über ganz Grönland erheben würden. Die dänische Politik ist also damals schon nicht frei von grönländischen Sorgen gewesen und bemühte sich, das Zurückweichen vor dem ungleich Stärkeren mit dem Vorteil der Erlangung des unterstützenden amerikanischen Gewichtes in der Grönlandfrage zu verbinden. Um den dänischen Widerstand hinsichtlich der Antillen zu beseitigen, gab die amerikanische Diplomatie — nachdem sie, in smarten Geschäftskünsten erfahren, Dänemark erst noch etwas hingehalten hatte, — ihr auf der Monroe-Doktrin fußendes, mehr gefühlsmäßiges Bedenken auf, wonach es strittig sein könne, ob Grönland als ein Teil von Amerika betrachtet zu werden vermöchte, und willigte in den Einschluß der Grönlandformel in den Kaufvertrag ein.

Dänemark forderte 100 Millionen Kronen bezw. 27 Millionen Dollar für die Inseln. Lansing fand den Preis zu hoch und bot 20 Millionen Dollar. Man schwankte, in der Befürchtung, daß die Sache sich weiter in die Länge ziehen und das amerikanische Parlament die dänische Forderung verwerfen würde. Dazu kam, daß der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Deutschland näherrückte und man infolgedessen eine vollendete Tatsache bezüglich der dänischen Antillen schaffen wollte. Wilson meinte, die Sache sei zu wichtig, um sie an der Geldfrage scheitern zu lassen. Im Januar 1916 schlug Lansing 25 Millionen Dollar vor, und dieses Angebot wurde drei Tage später von Dänemark angenommen. Kurz vor der Kriegserklärung an Deutschland, im Frühjahr 1917, am 31. März, überreichte Lansing dem Gesandten Dänemarks, Brun, den Scheck über 25 Millionen Dollar. In größter Eile wurde der Kommandeur Pollok nach der bis dahin dänisch-westindischen Insel St. Thomas beordert, wo er von dem dänischen Gouverneur Konow die begehrten Inseln übernahm. 52 Stunden später erklärten die Vereinigten Staaten Deutschland den Krieg.

Das ist nach Lansings Schilderung die Geschichte der Abtretung der Inseln an die amerikanische Weltmacht. Sie ist mit dem eisernen Griffel der Gewalt geschrieben, und die angebliche „deutsche Gefahr“ war nur ein Mittel zum Zweck. Daß aber noch in diesen Tagen, 13 Jahre nach Kriegsende, in Amerika und vor allem in Dänemark, einem Lande, dessen Nähe damals und heute ihm gestattete, sich besser über die deutschen Absichten und Möglichkeiten zu unterrichten, die Märchen vom deutschen Kinderschreck der Völker kolportiert werden, ist eine doppelt traurige Tatsache: Sie zeigt, daß noch sehr, sehr viel von dem Unrat, den die Kriegshetze aufgehäuft hat, wegzuräumen ist.

Das Kalifat.

Hochzeit im Hause Osman.

In Nizza fand dieser Tage die Hochzeit der Prinzessin Durru Schelwar, Tochter des letzten, an der Riviera im Exil lebenden türkischen Sultans Abdul Medschid, mit dem Bruder und Thronfolger des Nisam von Haidarabad, Prinz Nizamulmulk, statt. Die Anwesenheit des Führers der mohammedanischen Inder bei der Londoner „Round table-Konferenz“, Schevket Ali Khan (ein Bruder des bekannten verstorbenen Mohammed Ali), sowie des Generals Osman und anderer Delegierter weist auf die hohe politische Bedeutung dieser Verbindung hin.

Der Nisam von Haidarabad ist in der Tat die stärkste Stütze des entthronten Kalifen und er propagiert eifrig dafür, in der Person des Ex-Sultans dem Islam ein neues geistliches Oberhaupt zu geben. Abdul Medschid, der seines in der Türkei gelegenen Vermögens verlustig erklärt worden ist, erhält auch schon — wie die „Münchener Neuest. Nachr.“ erfahren — seit längerer Zeit von dem indischen Fürsten eine monatliche Rente von ungefähr sechstausend Mark. Von der allindischen Kalifats-Konferenz und der Vereinigung indischer Ulemas ist er schon seit 1922 als Kalif anerkannt.

Interessant ist in dem Zusammenhang die Äußerung eines der indischen Delegierten in London, Mevlana Dschaferi Davud: „Die christliche Religion ist nicht mehr imstande, allein gegen die immer stärker werdende Strömung des Atheismus anzukämpfen. Notwendig ist ein Bündnis zwischen den beiden großen Religionsgemeinschaften, dem Islam und dem Christentum. Dies ist aber nur möglich, wenn ersterer wieder einen allgemein anerkannten geistlichen Führer erhält.

Nachdem auch Ägypten nach einigem Zögern seine Anerkennung ausgesprochen hat, soll Abdul Medschid neurdings auf Betreiben des Königs Faisal vom Irak von der Englischen Regierung mit Zustimmung Frankreichs die Genehmigung erhalten haben, sich in Jerusalem niederzulassen, welches damit Sitz des Kalifats werden würde. Seine Apanage ist angeblich auf 7000 Pfund Sterling monatlich festgesetzt worden.

Mit wenig Vergnügen sehen die Erben Abdul Hamids, des vorletzten Kalifen, diese Entwicklung. Sie fürchten, daß sich der Kalif nunmehr mit Hilfe der Mandats-Regierungen der in Syrien und Palästina gelegenen Güter der alten ottomanischen Zivilliste bemächtigen wird, Liegenschaften, auf die besagte, bisher mehr (über die hohen Anwaltshonorare) weinende als lachende Erben selbst Rechtsansprüche erheben.

Kleine Rundschau.

In Japan bebt die Erde.

Aus Tokio wird berichtet:

Die Inseln Kiusiu und Shikoku wurden von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Es herrscht völlige Ungewißheit über die Ausmaße des Erdbebens. Zwei japanische Blätter berichten, daß etwa 1000 Personen getötet oder verletzt, und daß 200 Häuser eingestürzt seien. Ein in Osaka erscheinendes Blatt dagegen spricht von einem Dutzend zerstörter Häuser und unbeträchtlichen Verlusten an Menschenleben.

Durch ein Erdbeben in Oaxaca (Mexiko) wurde erheblicher Schaden angerichtet. Häuser wurden zerstört, und die Versorgung mit elektrischem Strom unterbrochen. Todesfälle sind bisher nicht gemeldet worden.

Büchertisch.

Kinder-Ernährung.

Dr. h. c. Ragnar Berg: Die Ernährung des kleinen Kindes. 90 Seiten (Dresden, Emil Pahl), geh. 2,50 M., geb. 3,50 M.

Wirtschaftsnot und Kinderernährung ist das Problem unserer Mütter. Wie ernähre ich mein Kind so, daß es trotz Teuerung und Not kräftig gedeiht? — Ich stille doch mein Kind selbst, wie ist denn da die Englische Krankheit möglich? — Ich kann mein Kind nicht selbst stillen, wie soll ich es dann aber richtig ernähren? — Muß man dem Kinde Vitaminpräparate geben, um Rachitis zu verhüten? Wie soll die Flaschennahrung beschaffen sein? Welchen Zucker soll man bei der Kinderernährung benutzen?

Diese und unzählige andere Fragen werden in dem neuen Buche des bekannten Ernährungshygienikers Dr. h. c. Ragnar Berg in Dresden, Weißer Hirsch, in leichtverständlicher und fesselnder Weise beantwortet. Schon die werdende Mutter findet dort Ratschläge, wie sie leben und ebenso, wie sie nachher ihren Säugling und ihr heranwachsendes Kind zweckmäßig ernähren soll. Das Buch ist leicht und flüssig geschrieben.

Dr. F. Lehmann und M. u. E. Doennig: Ernährungs- und Kochbuch für den Säugling und das Kleinkind. 3. vermehrte und verbesserte Auflage. Stark kartoniert 2,30 M.

Das bekannte, jetzt schon einer großen Zahl von jungen Müttern zum treuen Helfer gewordene Büchlein erscheint in 3. Auflage. Es ist gründlich überarbeitet und den fortschreitenden theoretischen und praktischen Erkenntnissen angepaßt worden. In seinem ersten Teile werden die grundsätzlichen ärztlichen Forderungen im Hinblick auf die Ernährung des Kindes in klarer und allgemein verständlicher Weise behandelt. Das wichtigste dabei sind die zum täglichen Gebrauch der Mutter bestimmten Speisezettel für die verschiedenen Lebensalter. Der zweite Teil bringt in engem Zusammenhang mit dem ersten 150 sorgfältig erprobte Kochrezepte für den Säugling und das Kleinkind. Der Versuch, ärztliches Wissen und praktische Küchenerfahrung zu einer gemeinsamen Arbeit zu vereinen, muß als recht gelungen bezeichnet werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Verstärkter Notenumlauf der Bank Polski.

Aktiva:	31. 10. 31	20. 10. 31
Gold in Barren und Münzen	486 387 233.56	486 369 332.20
Gold in Barren und Münzen im Auslande	107 626 686.56	98 640 114.40
Valuten, Devisen usw.		
a) deckungsfähige	78 332 472.60	86 199 623.92
b) andere	131 517 944.16	126 946 431.54
Silber- und Scheidemünzen	31 434 022.78	29 957 548.95
Wechsel	652 147 200.64	621 461 966.25
Lombardforderungen	112 907 041.68	112 223 812.31
Effekten für eigene Rechnung	13 879 880.63	13 878 278.02
Effektenreserve	93 120 538.42	93 121 463.17
Schulden des Staatsschatzes	20 000 000.—	20 000 000.—
Immobilien	20 000 000.—	20 000 000.—
Andere Aktiva	221 550 520.82	228 403 037.91
	1 968 903 541.85	1 937 201 608.67
Passiva:		
Aktienkapital	150 000 000.—	150 000 000.—
Reservefonds	114 000 000.—	114 000 000.—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse	7 891 942.84	42 050 224.40
b) Restliche Girorechnung	130 918 209.01	161 947 195.53
c) Konto für Silbereinkauf	3 614 112.97	3 614 112.97
d) Staatlicher Kreditfonds	352 616.84	270 194.84
e) Verschiedene Verpflichtungen	21 829 335.38	28 888 230.91
Notenumlauf	1 254 024 800.—	1 153 547 020.—
Sonderkonto des Staatsschatzes	—.—	—.—
Andere Passiva	286 272 524.81	282 884 630.02
	1 968 903 541.85	1 937 201 608.67

Die Politik der Bank Polski, dem Notenumlauf eine stärkere Golddeckung zu geben, schreitet auf dem einmal begonnenen Wege fort. Die mehr als fraglich gewordenen deckungsfähigen Devisenbestände werden weiter reduziert, während die Goldkäufe der Bank Polski, wenn auch im bescheidenen Rahmen, weiter anhalten. So sind der Bilanz der Bank Polski per 31. Oktober zufolge die Goldbestände um 9,4 Millionen auf 594,013 Millionen Złoty gestiegen. Seit der Abkehr Englands vom Goldstandard ist somit der Goldvorrat der Bank Polski in verhältnismäßig kurzer Zeit um 26 Millionen größer geworden, d. h. er stieg von 568 auf 594 Millionen Złoty. Die Bestände der deckungsfähigen Devisen sind weiterhin zurückgegangen, und zwar um 7 867 000 auf 78 332 000 Złoty. Seit den englischen Vorgängen sind diese Bestände somit um nahezu 38 Millionen Złoty vermindert worden. Demgegenüber zeigt der Bestand der nicht als Deckung gerechneten Devisen eine unwesentliche Zunahme von 4,5 Millionen auf 131,5 Millionen Złoty.

Der Oktober-Ultimo wird im allgemeinen stets durch ein stärkeres Anwachsen des Wechselportefeuilles und eine Vermehrung des Notenumlaufs gekennzeichnet. Nicht zuletzt ist der starke Zuwachs, den diesmal der Oktober-Ultimo verzeichnet, von dem Kredithunger der Wirtschaft Polens diktiert. Die Kredit-Restriktionen der letzten Zeit haben angesichts der Absatzschrumpfungen und der Produktionsschwierigkeiten den größten Teil der Wirtschaftszweige in eine trostlose Lage gebracht, die in einem starken Anwachsen der Zwangsversteigerungen und der Vorratsveräußerungen zu billigen Preisen zum Ausdruck kommt. Die Vermehrung des Wechselportefeuilles um 30,7 Millionen auf 652,1 Millionen Złoty, und die Vermehrung des Notenumlaufes um 100,5 Millionen auf 1254 Millionen beweist, daß die Kreditnachfrage zu einem kleinen Teil von der Bank Polski befriedigt worden ist. Den Umfang, den diese beiden Positionen in den vorhergehenden Jahren erreichten (das Wechselportefeuille am 31. Oktober 1929 744,9 Millionen, und der Notenumlauf im gleichen Zeitpunkt 1392,2 Millionen Złoty), konnten sie am letzten Oktober-Ultimo allerdings nicht erreichen. Dies ist ein Beweis dafür, in welch starkem Maße das gesamte Wirtschaftsvolumen Polens im Zusammenschrumpfen begriffen ist.

Der Notenumlauf und die sofort fälligen Verpflichtungen sind mit 41,87 Prozent gedeckt (11,87 Prozent über dem gesetzlichen Minimum). Die Golddevisendeckung dieser Positionen beträgt 47,39 Prozent (7,39 Prozent). Der Notenumlauf ist mit Gold allein mit 47,37 Prozent gedeckt.

Vor Auflösung des Baumwollspinnerei-Kartells?

o. Infolge der schwierigen Wirtschaftslage der Baumwollindustrie wird mit der Möglichkeit einer Liquidierung des nach mehrmonatlichen Verhandlungen vor nicht langer Zeit zu Stande gekommenen Baumwollspinnereikartells mit dem Sitz in Lodz gerechnet, das etwa 90 Prozent der polnischen Baumwollspinnereiproduktion umfaßt. Die Schwierigkeiten auf dem Lodzer Markt für Baumwollspinnereien haben es bewirkt, daß die 7 größten Baumwollspinnereien das getroffene Abkommen über die Preisfestsetzung für ihre Produkte gelöst haben. Obwohl in dem offiziellen Beschluß dieser Lösung des Abkommens festgestellt wird, daß die Einstellung der Preisfestsetzung nur für einen Zeitraum von 2 Wochen erfolgt, unterliegt es der Ansicht maßgebender Kreise zufolge keinem Zweifel, daß diese Maßnahme die Liquidierung des Abkommens zwischen den 7 größten Firmen bedeutet, von denen zwei seit gewisser Zeit die gemeinsam aufgestellten Preise für Spinnereiwaren nicht innegehalten haben. Wenn die gegenwärtige Lage, die unter anderem auch durch den Beschluß des Kartells über die Herabsetzung der Zahl der Arbeitsstunden in den Baumwollspinnereien von 42 auf 36 Stunden wöchentlich ab 30. November d. J. gekennzeichnet wird, weiterhin anhält, können auch die übrigen Firmen, die dem Kartell angehören, nicht mehr gemeinsam die Produktion regeln, sondern müssen ihre Produktionsausmaße den individuellen Bedürfnissen anpassen. Das würde aber gleichbedeutend mit dem ersten und größten Schritt zur Liquidierung des Kartells der Baumwollspinnereien sein.

Neue Schwierigkeiten für den Holzexport.

⊗ In der polnischen Presse wird die Nachricht verbreitet, daß in der Schweiz mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab ein allgemeines Einfuhrverbot für Rundholz und Papierholz eingeführt werden soll. Schon heute wird in polnischen Holzkreisen über Abwehrmaßnahmen gegen eine eventuelle Schließung der schweizerischen Grenze verhandelt.

In polnischen Holzfachkreisen wird ferner gegen das zu schwache Auftreten der polnischen Diplomatie gegenüber der Französischen Regierung bezüglich der Holzkontingentierung lebhaft protestiert. Man weist darauf hin, daß Jugoslawien von Frankreich für das laufende Jahr ein Zusatzkontingent von 18 000 To. Holz für Algier und für das nächste Jahr ein solches von 240 000 To. erhalten habe.

Da im übrigen der englische Markt für die polnischen Holzexportinteressen einen Teil seiner bisherigen Bedeutung eingebüßt hat, wird es als erforderlich bezeichnet, daß Polen seine bisherige Position auf dem französischen Markt mit allen Mitteln aufrecht erhält. Aus diesen Gründen wird eine erneute und sehr energische Intervention bei der französischen Regierung gefordert.

---

o. **Normierung der Zollrückerstattungen bei der Fleischausfuhr.** Das Handelsministerium hat für das Syndikat der polnischen Schweine- und Viehexporteure Vorschriften herausgegeben, durch die die Art und Weise der Ausstellung von Bescheinigungen für Anwendung der Zollrückerstattung bei der Fleischausfuhr normiert wird. Solche Bescheinigungen können diejenigen Exportfirmen erhalten, die durch Vermittlung der Industrie- und Handelskammern registriert sind.

Umsatzsteuer und die Ausfuhr von lebendem Geflügel. Wie die Industrie- und Handelskammer in Bromberg zur Kenntnis gibt, hat das Finanzministerium im Einverständnis mit dem Minister für Industrie und Handel mit dem 1. Oktober 1931 die Entrichtungspflicht für die staatliche Umsatzsteuer, die bei Exportumsätzen von lebendem Geflügel zu leisten war, aufgehoben. Von dieser Erleichterung sind alle Finanzämter durch ein Rundschreiben des Finanzministeriums vom 16. Oktober dieses Jahres (L. D. V. 9426/4/31) verständigt worden.

Gründung eines Verbandes der Eier- und Geflügel-Exporteure in Bromberg. Die Industrie- und Handelskammer Bromberg gibt den interessierten Kreisen zur Kenntnis, daß am Montag, dem 9. November, 11,30 Uhr vormittags, im Konferenzsaal der Kammer in Bromberg, Neuer Markt 10, eine konstituierende Versammlung stattfindet, in welcher Einzelheiten der Gründung eines „Verbandes der Eier-, Geflügel- und Wild-Exporteure" erörtert werden sollen. Die Tagesordnung umfaßt: Beratungen über das Statut, Wahl des Vorstandes, Budgetfragen, Fragen der Kontrolle über die Ausfuhr und freie Anträge.

Der Weg zum Protektionismus.

Englands und Frankreichs Handelspolitik.

Zwei Länder sind es, die seit Monaten eine Abkehr von den bisher geübten wirtschaftlichen Tendenzen zeigen und mit ihrer Entwicklung tonangebend für die gesamte Weltwirtschaft der Zukunft sein werden: England, das jetzt mit seinem Wahlergebnis einen mächtigen Schritt vorwärts auf dem Wege der Abkehr vom Liberalismus getan hat, und Frankreich, das seit längerer Zeit schon durch das System der Kontingentierung langsam aber sicher den Protektionismus aufbaut.

Das kontinentale Europa rechnet gegenwärtig stärker denn je damit, daß nach dem Ergebnis der englischen Wahlen und dem überwältigenden Siege der Konservativen, englische Schutzzölle in kürzeren Abständen schnell aufeinander folgen dürften. In England wird damit aber nicht etwa erst jetzt der Grund für den Protektionismus gelegt, der vielmehr seit dem Ende des Weltkrieges in der englischen Handelspolitik zum Ausdruck kam. Mit der Tatsache des klassischen englischen Freihandels ist längst aufgeräumt worden. Schon 1915, also noch während des Krieges, führte England die sogenannten Mec Kenna-Zölle ein, die am 1. August 1924 aufgehoben, am 1. Juli 1925 aber wieder eingeführt worden sind. Diese Zölle belasten Autos, Motorräder, Autoteile, Gummibereifungen, Uhren, Musikinstrumente und Filme. Die Höhe dieses Zolles beträgt $33\frac{1}{3}$ des Warenwertes.

Eine zweite Kategorie der englischen Zölle bilden die sogenannten Aufbauzölle (Key industry düties"), die eine besondere Art von Schutzzöllen sind. Sie sind zeitlich begrenzt und können wieder aufgehoben werden, sobald die dem besonderen Schutz unterliegenden Zweige der Wirtschaft mit dem Auslande wettbewerbsfähig geworden sind. Sie wurden in England 1921 zunächst für fünf Jahre eingeführt, wurden aber dann unter der Bezeichnung „Safeguarding Industries Act" für weitere zehn Jahre verlängert. Sie umfassen die Einfuhr von Glas, optischen und medizinischen Instrumenten und Apparaten, Manometern, Messinginstrumenten, Zubehörteilen für Telegraphenapparate, Magneten, Kohle für die Glühbirnen und eine ganze Reihe von chemischen Artikeln. Auch hier beträgt die Höhe des Zolles $33\frac{1}{3}$ Prozent des Warenwertes. Für Glaswaren hingegen 50 Prozent des Wertes. Von besonderer Wichtigkeit für das kontinentale Europa, insbesondere für Deutschland, waren die neuen Zölle, die für die Farbeneinfuhr nach England auferlegt worden sind. Neben den Zöllen für die Einfuhr von Farben wurden besondere Einfuhrbescheinigungen bestimmt, ohne welche eine Einfuhr nach England überhaupt nicht gestattet ist. Diese „Einfuhr-Lizenzen" erteilt das Handelsministerium. Als die Entwicklung der europäischen Kunstseidenindustrie einen hohen Grad erreicht hatte und der Wettbewerb an den Absatzmärkten immer schwieriger und heftiger sich gestaltete, folgte England dem Beispiel anderer Länder und führte am 1. Juli 1925 spezifische Zölle für die Einfuhr von Natur- und Kunstseiden ein. Am gleichen Tage erschien eine andere Verordnung, welche hohe Zölle einer Reihe von Galanteriewaren auferlegte. In den Jahren 1926 bis 1930 führte England eine ganze Reihe mehr oder weniger bedeutender Zölle, insbesondere im Bereich der industriellen Erzeugung, ein.

Alle diese Zölle trugen, allerdings mit wenigen Ausnahmen, den Charakter der reinen Fiskalzölle, sie wirken aber heute als reine Schutzzölle. Die wirtschaftlichen Absichten, die früher die Einführung dieser Zölle bedingten, treten damit heute einwandfrei zutage. England steht heute am Vortage einer bewußten und starken Schutzzollpolitik, die nicht bei den Zöllen bleiben wird, sondern die gesamte Wareneinfuhr nach England in einer wohlüberlegten regelnden Einschränkung erfassen wird.

In wenigen Monaten ist England aus seiner bis dahin geübten Zurückhaltung und Maskierung in Dingen des internationalen, liberal eingestellten Warenaustausches herausgetreten. Seine Stellungnahme im Kampf um die deutsch-österreichische Zollunion bewies bereits deutlich, daß England selbst gewillt war, die letzten Reste freihändlerischer Tendenzen aufzugeben. England dürfte daher in der nächsten Zeit beim Völkerbunde nicht mehr jene treibende Kraft sein, die die „Abrüstung der Zölle" fordern und einen ungehemmten internationalen Warenaustausch propagieren wird.

Ebenso interessant und lehrreich ist die handelspolitische Entwicklung des heutigen Frankreichs. Seit jenen Tagen, da der Gedanke der deutsch-österreichischen Zollunion das gesamte französische Wirtschaftsgebiet zu beunruhigen begann, und der Wettbewerb mit einem durch eine Union erstarkten Wirtschaftskörper aussichtslos schien, drängt Frankreich zu einer Absperrung seines Wirtschaftsgebietes. Maßnahmen auf Maßnahmen werden getroffen, um den „Schutz" des französischen Wirtschaftsgebietes vor fremder Einfuhr erfolgreich zu gestalten. Für die wichtigsten Einführungen sind und sollen noch Kontingente festgesetzt werden. Die Einfuhrbeschränkungen für Stickstoff und Kohle, die Kontingentierungen für Wein und Holz, die Reglementierung der Vieheinfuhr stellen schon jetzt beachtliche Etappen auf dem Wege zum „kalten Protektionismus" dar. Wenn aber erst einmal der Geist des Protektionismus erwacht ist, dann ist er nicht leicht zu befriedigen. Gerade der Protektionismus ist die ureigenste Gedankenwelt Frankreichs, das im Merkantilismus Colberts heute noch das Sinnbild des französischen Wohlstandes sieht. Was die liberale Wirtschaftsanschauung dem Engländer, das ist und bleibt der Protektionismus dem Franzosen.

Jetzt gerade sieht die Französische Regierung die Zeit für gekommen, angesichts der mitteleuropäischen Arbeitslosigkeit und der Spannung am Weltmarkte Frankreichs Grenzen gegen europäische und überseeische Einfuhr nach und nach zu sperren. Die Französische Regierung plant daher die Schaffung eines Antidumpinggesetzes, dessen Klauseln so dehnbar gehalten sein werden, daß nicht nur ein Schutz gegen wirtschaftliche Kampfmaßnahmen des Auslandes, sondern darüber hinaus der erwünschte Ausgleich der Konkurrenzbedingungen des Auslandes erreicht werden kann.

Eine besondere Stellung nimmt im Rahmen dieses Protektionismus die französische Landwirtschaftspolitik ein, die seit über einem Jahre von Tardieu im hochprotektionistischen Sinne orientiert wird. Die Bestimmungen der Handelsverträge machen einen Ausbau des Agrarschutzes leichter möglich, als neue Industriezölle. Die Entwicklung der französischen Handelspolitik steht, wie man leider feststellen muß, erst im Anfangsstadium. Nicht nur werden bereits neue Einfuhrbeschränkungen, wie vor allem eine verschärfte Reglementierung der Kohleneinfuhr, angekündigt, nicht nur droht das Antidumpinggesetz jeden administrativen Einfuhrschikanen Tür und Tor zu öffnen, sondern es scheint auch eine Abänderung der französischen Handelsverträge beabsichtigt zu sein.

Der deutsch-französische Handesvertrag ist seit seinem Bestehen jetzt Gegenstand heftiger Angriffe in Frankreich, es scheint, daß erst jetzt die Kritiker in Frankreich alle wirtschaftlichen Gefahren sehen, die aus dem Handelsvertrag hervorgehen. Darüber hinaus aber geht die Tendenz nach Revisionen aller Handelsverträge. In diesem Falle gehen die französischen Bestrebungen mit den Präferenzwünschen anderer Länder parallel. Der deutsch-französische Wirtschaftsausschuß — das Ergebnis der Berliner Besprechungen Lavals und Brünings — wird nicht das Instrument zur Anbahnung einer wirtschaftlichen Annäherung sein, wie viele hoffen, sondern wird den Franzosen Gelegenheit geben, eine Revision des Handelsvertrages mit Deutschland im französischen, d. h. im protektionistischen Sinne, zu erreichen. Jede sich bietende Gelegenheit wird jetzt von französischer Seite ergriffen werden, um durch Verzögerungen irgendwelcher Besprechungen zur Annäherung — die protektionistische Mauer inzwischen aufzubauen.

Werden die Hoffnungen, die Frankreich in seinen Protektionismus setzt, wirklich erfüllt werden? Frankreich kann zwar den ausländischen Import lahmlegen, es kann aber dadurch nicht die aus wesentlich anderen Ursachen eingetretene Verschlechterung seiner Konjunktur aufhalten. Auf der anderen Seite muß aber Frankreich eine Unterbindung seines Außenhandels und eine Erschwerung des Problems mit in Kauf nehmen. Die französische protektionistische Handelspolitik aber muß das internationale Vertrauen erschüttern und bildet das größte Hindernis zu einer Lösung der großen internationalen Wirtschaftsfragen. Logischerweise müßte es zu einer Annäherung zu anderen Volkswirtschaften drängen, um dadurch der katastrophalen Entwicklung der Weltwirtschaft, die zum großen Teil von Frankreich gelenkt wird, Einhalt zu tun. Mit einer Umkehr der französischen Wirtschaftspolitik ist auch eine Wirtschaftsumkehr seiner Vasallen verbunden. Ob Frankreich diesen Weg erkennen wird?

Amerikanische Getreidehausse.

Die Aufwärtsbewegung an den internationalen Getreidemärkten nahm in Chicago am Mittwoch die Form einer stürmischen Hausse mit turbulenten Szenen an. Weizen stieg um $2\frac{1}{2}$ bis 3 Cents auf $64\frac{3}{8}$ für Dezember- und $70\frac{1}{8}$ für Juli-Lieferung. Mais und Roggen gewannen ebenfalls $2\frac{1}{2}$—$3\frac{1}{4}$ Cents. Die Tiefstpreise zu Anfang Oktober sind damit um rund 50 Prozent gestiegen. Auch Winnipeg folgte dieser Haussebewegung, wenn auch nicht in gleichem Umfang. Die ungünstigen Ernteberichte aus Europa, besonders aus Rußland, haben zu der Bewegung sicherlich beigetragen; dabei ist allerdings auffallend, daß die Rotterdamer Notierungen gestern rückläufig waren. Auch in Südamerika haben sich die Maispreise erneut befestigt.

Auch in Polen und Deutschland zeigen die Getreidepreise eine überaus feste Haltung und haben insbesondere in den letzten Tagen deutliche Anzeichen einer weiteren Erholung gezeigt.

Aktiengesellschaften und das neue Aktienrecht.

Das Ministerium für Industrie und Handel macht alle Aktiengesellschaften darauf aufmerksam, daß am 31. Dezember d. J. der Zeitpunkt abläuft, bis zu welchem die Statuten der Aktiengesellschaften mit dem neuen Aktienrecht in Einklang zu bringen sind. Bis zu diesem Tage müssen die Statuten mit den notwendigen Abänderungen im Handelsregister der Gerichte eingereicht werden, widrigenfalls die Strafen nach Art. 170 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. März 1928 über die Aktiengesellschaften Anwendung finden. Eingaben der neu abgeänderten Statuten müssen beim Ministerium für Industrie und Handel (Abteilung für Straf- und Verwaltungssachen) mit folgenden Anlagen eingereicht werden: 1. Abschrift des Beschlusses der Generalversammlung, 2. Auszug aus dem Handelsregister, 3. vier Exemplare des Statuts im neuen Wortlaut.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 6. November auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt $7\frac{1}{2}$%, der Lombardsatz $8\frac{1}{2}$%.

Der Złoty am 5. November. Danzig: Ueberweisung 57.30 bis 57.42, bar 57,32—57,44, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,175—47,575, Zürich: Ueberweisung 57,35, Prag: Ueberweisung $377\frac{5}{8}$, Paris: Ueberweisung 285,00, London: Ueberweisung 33,00, Newyork: Ueberweisung —.—.

Warschauer Börse vom 5. Novbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,40, 124.71 — 124,09, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 360.15, 361.05 — 359,25, Konstantinopel —, Japan —, Kopenhagen —, London 33,45, 33.53 — 33,37, Newyork 8,918, 8.938 — 8,998, Oslo —, Paris 35,07, 35.16 — 34.98, Prag 26,40, 26,46 — 26.34, Riga —, Stockholm —, Schweiz 174,20, 174.63 — 173.77, Tallin —, Wien —, Italien —.

Berlin, 5. November. Amtliche Devisenkurse. Newyork 4,20—4,22, London 15,74—15,80, Holland 169,66—170,34, Norwegen 88,72—89,08, Schweden 91,22—91,58, Belgien 58,58—58,82, Italien 21,76—21,84, Paris 16,57—16,63, Schweiz 81,94—82,26, Prag 12,42—12,48, Danzig 82,37—82,53, Warschau 47,25—47,45.

Züricher Börse vom 5. November. (Amtlich.) Warschau 57.35, Paris $20,15\frac{1}{2}$, London 19,25, Newyork $5,12\frac{1}{2}$, Belgien 71,40, Italien $26,57\frac{1}{2}$, Spanien 45,00, Amsterdam 206,45, Berlin 121,45, Wien —, Stockholm 110,00, Oslo 108,50, Kopenhagen 110,00, Sofia 3,71, Prag 15,19, Budapest $90,02\frac{1}{2}$, Belgrad 9,05, Athen 6,30, Konstantinopel 2,50, Bukarest 3,05, Helsingfors 10,00, Buenos Aires 1,26, Japan 2,50.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,86 Zł., do. kl. Scheine 8,85 Zł., 1 Pfd. Sterling 33,13 Zł., 100 Schweizer Franken 173,52 Zł., 100 franz. Franken 34,93 Zł., 100 deutsche Mark 209,45 Zł., 100 Danziger Gulden 173,47 Zł., tschech. Krone 26,24 Zł., österr. Schilling —.— Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 5. November. Fest verzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 40,50 G. 8proz. Obligationen der Stadt Posen (100 G.-Złoty) vom Jahre 1926 92,00 G. 8proz. Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.) 75,50 +. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Pos. Landschaft (100 Złoty) 28.25 B. Notierungen je Stück: 6proz. Roggen-Br. der Posener Landschaft (1 D.-Zentner) 13,50 G.

Produktenmarkt.

Warschau, 5. November. Getreide, Mehl und Futtermittel. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 24,75—25, Weizen 26—26,50, Sammelweizen 25—25,50, Einheitshafer 26—27, Sammelhafer 24—25, Braugerste 27, Grützgerste 24—25, Viktoriaerbsen 33—36, Winterraps 34—36, Rotklee ohne Flachsseide 87 Prozent rein 160—200, Weißklee ohne Flachsseide 97 Prozent rein 250—375, Luxus-Weizenmehl 43—52, Weizenmehl 4/0 40—43, Roggenmehl 39—40, grobe Weizenkleie 16—16,50, mittlere 15—16, Roggenkleie 15,50—16, Leinkuchen 26—27, Rapskuchen 18,50—19,50, Sonnenblumenkuchen 40—44 Proz. 21,50—22,50, Speisekartoffeln 5—6. Der Geschäftsverkehr war bei fester Grundstimmung ein wenig belebt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 5. Novbr. (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen 21.50—22,25 Zł., Roggen 21.50—22,25 Zł., Mahlgerste 21.50—23,00 Zł., Braugerste 25,50—26,50 Zł., Felderbsen —.— Zł., Viktoriaerbsen 21,00—26.00 Zł., Hafer 21,00—22.00 Zł., Fabrikkartoffeln —.— Zł., Speisekartoffeln —.— Zł., Kartoffelflocken —.— Zł., Weizenmehl 70%, —.— Zł., do. 65%, —.— Zł., Roggenmehl 70%, —.— Zł., Weizenkleie 15,00—16,50 Zł., Roggenkleie 15,00—16,00 Zł. Engrospreise franko Waggon der Aufgabestation.

Gesamttendenz: beständig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 5. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty frei Station Posen.

Transaktionspreise:

Roggen 15 to 23.50

Richtpreise:

Weizen	22.50—23.00	Viktoriaerbsen	21.00—26.00
Roggen	22.25—23.25	Folgererbsen	25.00—27.00
Gerste 64—66 kg	21.75—22.75	Sommerwicke	—.—
Gerste 68 kg	23.25—24.25	Blaue Lupinen	—.—
Braugerste	26.50—27.50	Gelbe Lupinen	—.—
Hafer	23.00—23.50	Speisekartoffeln	2.50—2.80
Roggenmehl (65%)	34.25—35.25	Exportkartoffeln	—.—
Weizenmehl (65%)	34.00—36.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	17.00
Weizenkleie	15.50—16.50	Senf	39.00—43.00
Weizenkleie (grob)	16.50—17.50	Roggenstroh, gepr.	4.05—4.30
Roggenkleie	16.25—17.00	Heu, lose	—.—
Raps	32.00—33.00	Heu, gepreßt	—.—
Peluschken	—.—	Netzeheu	—.—
Felderbsen	—.—		

Gesamttendenz: fest. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 30 to, Weizen 60 to, Hafer 30 to. Kartoffeln in besonderen Sorten über Notiz.

Danziger Getreidebörse vom 5. November. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd., weiß 15,00, Weizen, 130 Pfd rot 14,50, Weizen, 126 Pfd., rot 14,00, Roggen 14,50—14,75, Braugerste 16,00—18,50, Futtergerste 14,50, Viktoria-Erbsen 16,00—18,75, Grünerbsen 16,50 bis 20,00, Roggenkleie 9,75, Weizenkleie 9,50—9,75 G per 100 kg frei Danzig.

November-Lieferung.

Weizenmehl, alt 25,50 G. 60% Roggenmehl 23,75 G per 100 kg

Berliner Produktenbericht vom 5. November. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk. 75—76 Kg., 227,00—230,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 198,00—200,00, Braugerste 177,00—180,00, Futter- und Industriegerste 173,00—177,00, Hafer, märk. 152,00—157,00, Mais —.—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 28,75—33,00, Roggenmehl 28,00—30,00, Weizenkleie 10,50—11,00, Roggenkleie 10,25—10,75, Raps —.—, Viktoriaerbsen 24,00—30,00, Kleine Speiseerbsen 25,00—28,00, Futtererbsen —.—, Peluschken 17,00—19,00, Ackerbohnen 16,50—18,00, Wicken 17,00—20,00, Lupinen, blaue 11,00—12,50, Lupinen, gelbe 13,00—15,00, Seradella —.—, Rapskuchen —.—, Leinkuchen 13,90 bis 14,10, Trockenschnitzel 6,20—6,30, Soya-Extraktionsschrot 12,10 bis 12,60, Kartoffelflocken —.—.

Zurückhaltung bei ruhigem Verlauf